

9 Fazit

Ausgangspunkt meiner Forschung waren folgende Beobachtungen. Seit Beginn der 2000er Jahre nehmen Konflikte um Land zu, insbesondere im Zusammenhang mit *land grabbing*. In diesem Kontext verändern sich neben der Nutzung des Lands vor allem Kontrollverhältnisse hinsichtlich des Zugangs zu Land. In der wissenschaftlichen Literatur werden diese Konflikte daher auch als Konflikte um Zugang zu Land gefasst. Im globalen Vergleich ist Subsahara-Afrika besonders stark von *land grabbing* betroffen. Das gilt vor allem für gewohnheitsrechtlich oder traditionell verwaltetes Land, das in dieser Weltregion im Durchschnitt ca. 70 % aller Flächen ausmacht, in der Hälfte aller afrikanischen Staaten sogar 80 % oder mehr (Alden Wily 2017). Für die gewohnheitsrechtliche Verwaltung von Land sind in vielen Fällen traditionelle Autoritäten verantwortlich. Aktuelle Studien zu *land grabbing* in Subsahara-Afrika verweisen darauf, dass traditionelle Autoritäten ebenfalls eine zunehmend wichtige Rolle als Verhandlungspartner*innen in der Vergabe von Land an Investoren spielen (Ahmed et al. 2018; Boamah 2014a; Campion/Acheampong 2014; Capps 2018; Ndi/Batterbury 2017). Als solche sind sie zentrale Akteure in Konflikten um Zugang zu Land, die im Zusammenhang mit *land grabbing* auftreten. Die bestehende Literatur zu *land grabbing* und Konflikten gibt jedoch kaum Aufschluss über ihre Rolle als Akteure in diesen Konflikten.

Das ist verwunderlich da die Zuständigkeitsbereiche traditioneller Autoritäten, für die sie neben der Verwaltung und Vergabe von Land verantwortlich sind, Ansatzpunkte für die Analyse von Konflikten bieten. Laut Gewohnheitsrecht sind traditionelle Autoritäten die Repräsentant*innen ihrer Gemeinschaft. Als solche ist es ihre Aufgabe, die Interessen der Gemeinschaft nach außen zu vertreten und im Sinne der Gemeinschaft zu handeln. Darüber hinaus agieren sie als Mediator*innen in Konflikten, die innerhalb der Gemeinschaft auftreten, sowie in Konflikten zwischen Mitgliedern der Gemeinschaft und Außenstehenden. In Konflikten im Zusammenhang mit *land*

grabbing kommen Widersprüche bezüglich des Handelns traditioneller Autoritäten zum Ausdruck. Wenn wir davon ausgehen, dass Konflikte entstehen, wenn mindestens zwei Akteure, die in Beziehung zueinander stehen, gegensätzliche Interessen, Ziele oder Bedürfnisse haben, sollten traditionelle Autoritäten durch ihr Handeln als Interessensvertreter*innen der Gemeinschaft innergemeinschaftlichen Konflikten vorbeugen. Treten solche Konflikte dennoch auf, lässt dies darauf schließen, dass traditionelle Autoritäten entgegen der gemeinschaftlichen Interessen und somit entgegen ihrer Zuständigkeit gehandelt haben. Wie lassen sich Konflikte um Zugang zu Land, in denen traditionelle Autoritäten zentrale Akteure sind, erklären? Inwiefern verändert sich traditionelle Herrschaft im Zusammenhang mit *land grabbing*? Wie verändert sich in diesem Zusammenhang Kontrolle über den Zugang zu Land? Welche Rolle spielen traditionelle Autoritäten für die Entstehung und den Verlauf von Konflikten, die im Zusammenhang mit der Vergabe von Land an Investoren auftreten? Diesen Fragen bin ich in meiner Forschung unter folgender übergeordneter Fragestellung nachgegangen: Welcher Zusammenhang besteht zwischen dem Handeln traditioneller Autoritäten und Konflikten um Zugang zu Land im Kontext von *land grabbing*?

Aus der Literatur zu *land grabbing* und Konflikten sowie zu traditionellen Landverwaltungssystemen habe ich drei Annahmen abgeleitet und meiner Untersuchung zugrunde gelegt. Diese Annahmen haben das Design sowie den theoretischen Rahmen meiner Forschung bestimmt. Die erste Annahme war, dass traditionelle Herrschaft je nach Kontext unterschiedlich ausgestaltet ist und die Unterschiede relevant für das Handeln traditioneller Autoritäten sowie für die Erklärung von Konflikten sind. Aufgrund dieser Annahme habe ich mich in meinem Forschungsdesign für eine kollektive Fallstudie entschieden. Die Untersuchung von zwei Fällen hat es mir ermöglicht, Unterschiede und Parallelen im Handeln traditioneller Autoritäten in zwei unterschiedlichen traditionellen Herrschaftssystemen zu erforschen und verallgemeinerbare Hypothesen zur Erklärung von Konflikten um Zugang zu Land aufzustellen. Meine Fälle waren die Konflikte um die Landvergabe an die Unternehmen *ScanFarm* in der Ashanti Region und *BioFuel Africa* in der Northern Region Ghanas. Meine zweite Annahme war, dass die Ausgestaltung von Zugang zu Land in traditionellen Landverwaltungssystemen und deren Veränderung im Zusammenhang mit *land grabbing* relevant für die Analyse von Konflikten ist. Diese Annahme ergab sich aus dem Verständnis dieser Konflikte als Konflikte um Zugang zu Land und der Erkenntnis, dass Landnutzer*innen Zugang zu Land in traditionellen Landverwaltungssystemen nicht aus-

schließlich über Besitzverhältnisse erlangen können, sondern über eine Vielzahl rechtebasierter, struktureller und relationaler Mechanismen. Eine Möglichkeit, Veränderungen in der Ausgestaltung des Zugangs zu Land in den Blick zu nehmen, ist es zu untersuchen, inwiefern sich die Kontrolle über den Zugang zu Land verändert. Daran schließt meine dritte Annahme an, dass die Fähigkeit, Zugang zu Land zu kontrollieren, eine Frage von Macht ist. Die zweite und dritte Annahme waren zentral für die Entwicklung meines Analyserahmens. In diesem habe ich aufbauend auf der *Theory of Access* (Ribot/Peluso 2003) zunächst ein theoretisch begründetes Verständnis von Zugang zu Land in traditionellen Landrechtssystemen entwickelt. Zugang zu Land zu haben, bedeutet, einen wie auch immer gearteten Nutzen aus dem Land ziehen zu können. Für meinen Analyserahmen habe ich eine Typologie rechtebasierter, relationaler und struktureller Mechanismen erstellt, über die Landnutzer*innen in traditionellen Landverwaltungssystemen Zugang zu Land erlangen können. Um die Veränderung von Zugang zu Land, zu untersuchen, richtete ich den Fokus auf den Wandel von Kontrolle über Zugang zu Land. Die Fähigkeit Kontrolle über den Zugang zu Land ausüben zu können, bedeutet den eigenen Zugang sowie auch den Zugang anderer bestimmen zu können und ist eine Frage von Macht. Mit dem Ziel analysieren zu können, über welche Handlungsstrategien es Akteuren im Kontext von *land grabbing* gelingt, Zugang zu Land zu kontrollieren, und wie sich diese Fähigkeit erklären lässt, habe ich in meinem Analyserahmen das theoretische Verständnis von Zugang zu Land mit Steven Lukes Konzept der sichtbaren, versteckten und unsichtbaren Macht kombiniert (Lukes 2005). Dieses zeichnet sich dadurch aus, dass es sich nicht auf eine einzige, *a priori* gesetzte Perspektive auf Macht beschränkt, sondern Macht auf drei unterschiedlichen, sich jedoch nicht gegenseitig ausschließenden Ebenen berücksichtigt: auf der (individuellen) Entscheidungsebene, der Ebene institutioneller Verfahrensweisen sowie der Ebene gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse. Lukes berücksichtigt in seiner Konzeptualisierung von Macht gleichermaßen Struktur und Handeln sowie ihren gegenseitigen Einfluss aufeinander. In Bezug auf traditionelle Herrschaftssysteme bietet es sich an, da diese sich durch ihre rechtliche und institutionelle Flexibilität, die Verhandelbarkeit sozialer Positionen sowie durch internalisierte kulturelle und soziale Normvorstellungen auszeichnen. Dies erfordert eine Analyse, die nicht eine einzige, sondern unterschiedliche Formen der Macht berücksichtigt und in Verhältnis zueinander setzt.

Anhand meines Analyserahmens habe ich zunächst herausgearbeitet, über welche unterschiedlichen Mechanismen Landnutzer*innen in den For-

schungsgegenden vor der Landvergabe Zugang zu Land erlangt haben und welche Unterschiede zwischen verschiedenen Landnutzer*innengruppen bezüglich des Zugangs zu Land bestanden. Aufbauend darauf habe ich untersucht, wie sich durch die Landvergabe die Möglichkeiten der unterschiedlichen Landnutzer*innen weiterhin auf diese Zugangsmechanismen zurückzugreifen, verändert haben, und welche Konsequenzen die Veränderungen für ihren Zugang zu Land hatten. Um Erklärungsansätze zum Zusammenhang zwischen dem Handeln traditioneller Autoritäten und Konflikten um Zugang zu Land entwickeln zu können, habe ich anschließend die Veränderung von Kontrolle über Zugang zu Land in den Blick genommen. Ich habe analysiert, über welche Handlungsstrategien es traditionellen Autoritäten im Kontext der Landvergabe an *ScanFarm* und *BioFuel Africa* gelungen ist, Kontrolle über den Zugang zu Land auszuüben. Mithilfe meines Analyserahmens habe ich herausgearbeitet, inwiefern ihr Handeln als Ausübung von Macht zu verstehen ist. Unter Berücksichtigung der sichtbaren, versteckten und unsichtbaren Macht habe ich typische Handlungsstrategien identifiziert, über die traditionelle Autoritäten in beiden Fällen Zugang zu Land im Zusammenhang mit *land grabbing* kontrolliert haben. Schließlich habe ich analysiert, wie sich Konflikte um Zugang zu Land im Spannungsfeld der drei Machtformen erklären lassen und inwiefern sich das Handeln traditioneller Autoritäten auf die Entstehung sowie den Verlauf des jeweiligen Konflikts ausgewirkt hat.

Im weiteren Verlauf dieses Kapitels fasse ich die zentralen Ergebnisse meiner Analyse zusammen, diskutiere Unterschiede sowie Parallelen zwischen den beiden Fällen und entwickle mögliche Erklärungsansätze dafür. Anschließend arbeite ich heraus, welche allgemeinen Erkenntnisse sich aus meiner Forschung in Bezug auf traditionelle Herrschaft, *land grabbing* und Konflikte um Zugang zu Land ableiten lassen. Auf der Grundlage dieser Erkenntnisse entwickle ich Hypothesen zur Erklärung von Konflikten um Zugang zu Land, die in traditionellen Landverwaltungssystemen im Zusammenhang mit *land grabbing* auftreten. Diese Hypothesen diskutiere ich hinsichtlich ihrer Reichweite und Übertragbarkeit auf andere Länderkontexte. Abschließend zeige ich auf zu welchen Forschungsfeldern ich mit diesem Buch einen Beitrag leiste.

9.1 Zusammenfassung und Diskussion der empirischen Erkenntnisse

Im ersten Analysekapitel (Kapitel 7) habe ich herausgearbeitet, wie Zugang zu Land in beiden Fällen vor der Vergabe des Lands an *ScanFarm* und *BioFuel Africa* ausgestaltet war und wie er sich im Kontext von *land grabbing* verändert hat. Anhand meiner empirischen Daten konnte ich zeigen, dass vor der Landvergabe an die Unternehmen in beiden Gegenden unterschiedliche Akteure den Zugang zu Land kontrollierten: traditionelle Autoritäten sowie indigene Landnutzer*innen, die über permanente Landrechte verfügten. Sie entschieden darüber, zu welchem Zweck und durch wen Land genutzt wurde. Traditionelle Autoritäten übten Kontrolle über den Zugang zu *community land* und *stool land* in ihrem Zuständigkeitsbereich aus. Landnutzer*innen mit permanenten Rechten hingegen kontrollierten den Zugang zu ihrem eigenen Land. In beiden Gegenden erhoben im Zuge der Landvergabe an die Unternehmen die in der Hierarchie am höchsten stehenden *paramount chiefs* den Anspruch, die Eigentümer des Lands (*owner of the land*) zu sein, obgleich die ihnen untergebenen *sub-chiefs* zuvor den Zugang zu Land in ihrem Zuständigkeitsgebiet eigenständig kontrollierten. Sie vergaben Land an Mitglieder der Gemeinschaft sowie an migrantische Landnutzer*innen.

Auch bezüglich der Mechanismen, über die Landnutzer*innen vor der Landvergabe an *ScanFarm* und *BioFuel Africa* Zugang zu Land erlangten, wiesen die beiden Fälle Parallelen auf. In beiden Gegenden waren rechtebasierte Mechanismen zentral für den Zugang zu Land. Rechtebasierte Mechanismen statteten Landnutzer*innen mit Rechten aus, über die sie Zugang zu Land geltend machen können. Zu diesen Zugangsmechanismen zählten unterschiedlich ausgestaltete Gewohnheitsrechte sowie individuelle Vereinbarungen wie *sharecropping* oder Pacht. Auf welche rechtebasierten Mechanismen Landnutzer*innen zurückgreifen konnten, um Zugang zu Land zu erlangen, war in beiden Gegenden abhängig von Kategorien sozialer Zugehörigkeit wie Herkunft, Alter und Geschlecht sowie damit zusammenhängenden Ungleichheitsverhältnissen. Unterschiede in den Möglichkeiten Zugang zu Land zu erlangen, bestanden insbesondere zwischen Migrant*innen und indigenen Landnutzer*innen, aber auch innerhalb dieser Gruppen. Insbesondere die Herkunft der Landnutzer*innen hatte maßgeblich Auswirkungen darauf, welche Rechte sie geltend machen konnten, um Zugang zu Land zu erlangen. Diesbezüglich gab es in beiden Gegenden eine Unterscheidung zwischen Landnutzer*innen, deren Vorfahren aus der Gegend kamen,

und solchen, die aus anderen Gegenden stammten. Erstere bezeichneten sich selbst als Indigene. Landnutzer*innen aus anderen Gegenden galten als Migrant*innen. Der höchste gewohnheitsrechtliche Anspruch, den indigene Landnutzer*innen in den beiden Gegenden geltend machen konnten, war der *customary freehold*. Ein *customary freehold* gewährt Landnutzer*innen uneingeschränkte permanente Rechte an Land. Neben der eigenen Nutzung ermöglichen ein *customary freehold* es Landnutzer*innen, das Land zu verpachten, *sharecropping*-Vereinbarungen mit anderen Landnutzer*innen zu treffen und es zu vererben. Diese permanenten Rechte bleiben laut Gewohnheitsrecht auch bestehen, wenn Landnutzer*innen ihr Land lange Zeit brach liegen lassen und nicht nutzen. Landnutzer*innen ohne permanente Rechte wie Migrant*innen oder indigene Landnutzer*innen ohne *customary freehold* erlangten in beiden Fällen Zugang zu Land über individuelle Vereinbarungen mit Personen, die Kontrolle darüber ausübten. In beiden Forschungsgegenden erhielten diese Landnutzer*innen Zugang zu Land über den jeweiligen *sub-chief*. In der Gegend von ScanFarm waren zudem *sharecropping*- oder Pachtvereinbarungen mit Landnutzer*innen, die über einen *customary freehold* verfügten, gängige rechtebasierte Zugangsmechanismen.

Relationale und strukturelle Zugangsmechanismen ergeben sich aus den kontextspezifischen Bedingungen, unter denen Landnutzer*innen nach Zugang zu Land streben. Sie bezeichnen die Möglichkeiten, die sich aus diesen Bedingungen in Bezug auf den Zugang zu Land ableiten. In beiden Gegenden wirkten sich strukturelle und relationale Mechanismen indirekt auf Zugang zu Land aus. Strukturelle und relationale Mechanismen beeinflussten, auf welche rechtebasierten Mechanismen Landnutzer*innen zurückgreifen konnten, um Zugang zu Land zu erlangen. Strukturelle und relationale Zugangsmechanismen bildeten die Grundlage für die Einforderung von Rechten an Land und ermöglichten oder beschränkten ihre Aushandlung. Zu diesen Zugangsmechanismen zählten in beiden Gegenden Kategorien sozialer Zugehörigkeit wie Alter, Gender, Klasse und Herkunft. Darüber hinaus waren persönliche Beziehungen, die Mitgliedschaft in Netzwerken und die Aushandlung sozialer und rechtlicher Ordnungen relevante strukturelle und relationale Zugangsmechanismen.

Persönliche Beziehungen waren wichtig für die Aushandlung individueller Vereinbarungen, um Zugang zu Land zu erlangen. Dazu gehörten familiäre Beziehungen, Beziehungen zu traditionellen Autoritäten oder zwischen Migrant*innen und den Mitgliedern der indigenen Gemeinschaft. Welche Rechte Landnutzer*innen über die jeweiligen Vereinbarungen geltend

machen konnten, hing wiederum mit Kategorien sozialer Zugehörigkeit zusammen. Indigene Landnutzer*innen leiteten aus Vereinbarungen mit traditionellen Autoritäten in beiden Gegenden stärkere Zugangsrechte ab als Migrant*innen. Das bedeutet, dass Indigene im Gegensatz zu Migrant*innen in der Regel keine Abgaben für die Landnutzung zahlen mussten und dass sie Anspruch auf eine andere Fläche erheben konnten, wenn die ursprünglich genutzte für andere Zwecke benötigt wurde. Landnutzer*innen, die über permanente Rechte verfügten, gewährten Indigenen und Migrant*innen im Rahmen individueller Vereinbarungen gleiche Rechte. Ein Unterschied zwischen den beiden Gegenden war, dass Frauen in der Northern Region nur über männliche Familienmitglieder Zugang zu individuell genutztem Land erlangten. Dafür verfügten sie unabhängig von männlichen Mitgliedern der Gemeinschaft über starke kollektive Rechte an Gemeinschaftsland, die ihnen Zugang zu Land ermöglichten. In der Ashanti Region hingegen hatten Frauen ebenso wie Männer permanente Rechten an Land. Eine Erklärung für diesen Unterschied ist die Varianz in der Erbfolge in beiden Regionen. Das traditionelle Herrschaftssystem der Ashanti ist matrilineal, was bedeutet, dass die Erbschaft über die mütterliche Blutlinie erfolgt. Das kann bedeuten, dass Männer ihr Land an die Söhne ihrer Schwester statt an ihre eigenen Kinder vererben. Üblich ist aber auch die Weitergabe des Lands von Mutter zu Tochter, was Frauen individuelle Landrechte zusichert (Amanor 2008; Berge et al. 2014; Peters 2010). Das traditionelle Herrschaftssystem der Dagombas in der Northern Region hingegen ist patrilineal. Ein weiterer Unterschied zwischen den beiden Fällen war die Bedeutung der Aushandlung sozialer und rechtlicher Ordnungen als Teil der strukturellen und relationalen Mechanismen. Sie erwies sich vor allem im Fall von *ScanFarm* als relevant für Zugang zu Land. Landnutzer*innen erhoben dort über zwei unterschiedliche Argumentationsweisen Anspruch auf permanente Landrechte. Wie in der Northern Region forderten sie permanente Rechte über das Argument der ersten Niederlassung (*first settlement*) ein. Weitaus häufiger leiteten Landnutzer*innen ihre Rechte jedoch daraus ab, dass sie oder ihre Vorfahren die ersten waren, die das Land bestellt haben (*first cultivation*). Auf diese Möglichkeit, permanente Landrechte einzufordern, griffen Landnutzer*innen in der Northern Region nicht zurück. Eine Erklärung für diesen Unterschied bietet die Art der vorherigen Landnutzung. Ein Großteil des durch *ScanFarm* beanspruchten Lands ist Waldgebiet. In diesem Gebiet begannen in den 1970er Jahren Kleinbäuerinnen und –bauern – unter ihnen auch zahlreiche Migrant*innen – mit der Erlaubnis des *paramount chiefs* Kakaoplantagen anzulegen. Diese Tätigkeit er-

forderte hohe finanzielle und zeitliche Investitionen. Aufgrund dieser Investitionen erhoben Landnutzer*innen fortan Ansprüche auf dieses Land. Auch wenn die Kakaoplantagen heute nicht mehr vorhanden sind und die Landnutzer*innen das Land anders nutzen, bestehen die Ansprüche auf das Land fort. In der Gegend von *BioFuel Africa* hat keine vergleichbare Entwicklung stattgefunden. Das Land dort ist größtenteils bislang ungerodetes, dünn besiedeltes Buschland, jedoch keinesfalls ungenutzt. Unter Berücksichtigung der vorherrschenden traditionellen Rechte und Normen nutzen die dort lebenden Landnutzer*innen das Land für vielfältige Zwecke. Das gleiche Stück Land wird mitunter gleichzeitig oder zeitlich versetzt auf unterschiedliche Weise genutzt: als Weidefläche, zum Sammeln von Feuerholz oder wildwachsender Pflanzen, für die Jagd etc. Das erklärt, warum die Rodung und damit verbundene vermeintliche Erstbestellung von Land hier Landnutzer*innen nicht die Möglichkeit bietet, permanente Rechte einzufordern. Dieser Anspruch würde zum Ausschluss vieler anderer Nutzer*innen führen.

Im Zusammenhang mit *land grabbing* veränderten sich in beiden Fällen die Möglichkeiten der Landnutzer*innen, Zugang zu Land aufrechtzuerhalten oder zu erlangen. Insbesondere gingen die Landvergaben an *ScanFarm* und *BioFuel Africa* mit einer Zentralisierung der Kontrolle über den Zugang zu Land einher. In beiden Fällen verliefen die Verhandlungen über die Vergabe des Lands bilateral zwischen dem *paramount chief* und den Vorsitzenden der Unternehmen. Die *sub-chiefs* und Landnutzer*innen mit permanenten traditionellen Rechten, die zuvor Zugang zu Land kontrollierten, waren von den Verhandlungen ausgeschlossen. Somit konnten sie nicht über die Nutzung des Lands durch die Unternehmen mitentscheiden. Sie verloren die Kontrolle über den Zugang zu ihrem Land an den jeweiligen *paramount chief* als alleinigen Verhandlungspartner der Unternehmen. Diese Entwicklung bezeichne ich als Zentralisierung der Kontrolle.

Der Verlust von Kontrolle über den Zugang zu Land führte jedoch nicht für alle Landnutzer*innen gleichermaßen zum Verlust ihres Zugangs zu Land. Einige Landnutzer*innen verloren ihren Zugang zu Land vollständig, während die Landvergabe für andere eine maßgebliche Einschränkung ihres Zugangs zur Folge hatte. Einschränkungen äußerten sich darin, dass der Nutzen, den Landnutzer*innen nach der Landvergabe aus dem Land ziehen konnten, geringer war als vor der Landvergabe. Im Allgemeinen verringerten sich im Zusammenhang mit der Landvergabe an die Unternehmen die Möglichkeiten, über die Landnutzer*innen ihren Zugang zu Land (aufrecht)erhalten konnten.

Die Möglichkeiten der Landnutzer*innen ihren Zugang zu Land nach der Landvergabe aufrechtzuerhalten, standen in einem Zusammenhang damit, inwiefern ihre traditionellen Landrechte in den Verhandlungen mit den Unternehmen Anerkennung fanden. In den Verhandlungen über die Landvergabe an *ScanFarm* berücksichtigten die verhandelnden Parteien – der *paramount chief* und die Vorsitzenden des Unternehmens – die traditionellen Landrechte der Landnutzer*innen nicht, so dass die Landvergabe an *ScanFarm* für die betroffenen Landnutzer*innen zum Verlust ihres Zugangs zu Land führte. Diesbezüglich unterschied sich die Landvergabe an *BioFuel Africa*, in der die traditionellen Landrechte indigener Landnutzer*innen zum Teil Berücksichtigung durch das Unternehmen fanden. *BioFuel Africa* erklärte sich bereit, bestellte Felder um die ausgewiesenen Dörfer – wenn möglich – von den Rodungsarbeiten zu verschonen oder anderenfalls alternative Felder für die Landnutzer*innen bereitzustellen. Kollektive Landrechte und Rechte von migrantischen Landnutzer*innen berücksichtigte das Unternehmen jedoch nicht. Diese Unterschiede lassen sich insbesondere über das Handeln der Unternehmen erklären. Im Rahmen der Landvergabe an *BioFuel Africa* forderte das Unternehmen einen Austausch mit den auf dem Land lebenden Landnutzer*innen ein, um sich über bestehende Rechte und die Nutzung des Lands zu informieren. In den Verhandlungen über die Landvergabe an *ScanFarm* forderten die Vorsitzenden des Unternehmens diesen Austausch nicht ein.

Letztendlich führte die Landvergabe in beiden Fällen zu einer Einschränkung und Schwächung des Zugangs für alle Landnutzer*innen, wodurch es zu Konflikten kam. Insbesondere rechtebasierte Zugangsmechanismen verloren an Bedeutung. Traditionelle Landrechte wurden im Zusammenhang mit der Landvergabe irrelevant und ermöglichten es Landnutzer*innen nicht, ihren Zugang zu Land aufrechtzuerhalten. Strukturelle und relationale Mechanismen wurden zum Teil wichtiger, um Zugang zu Land erlangen zu können, teilweise verloren sie aber auch an Bedeutung. Eine Erklärung dafür ist die Verschiebung der Zugangskontrolle. Gute Beziehungen zum *paramount chief* erwiesen sich in beiden Fällen als förderlich für den Zugang zu Land. Persönliche Beziehungen zu den *sub-chief's* oder Landnutzer*innen mit permanenten Rechten, die zuvor Zugang zu Land über Pacht- oder *sharecropping*-Vereinbarungen ermöglicht hatten, verloren im Zusammenhang mit *land grabbing* ihre Bedeutung.

Ebenfalls an Relevanz gewannen Kategorien sozialer Zugehörigkeit. Insbesondere die Unterscheidung zwischen Indigenen und Migrant*innen wurde wichtiger. Indigene Landnutzer*innen hatten in beiden Fällen die Mög-

lichkeit, eine Entschädigung für den Verlust ihres Lands einzufordern. *ScanFarm* leistete Entschädigungszahlungen an indigene Landnutzer*innen, *BioFuel Africa* stellte indigenen Landnutzer*innen für den Verlust ihres Lands alternative Flächen zur Verfügung. Selbst in diesen Fällen verschlechterte sich jedoch der Zugang zu Land. Die Entschädigungszahlungen waren geringer als das Einkommen, das Landnutzer*innen zuvor mit dem Land erwirtschaftet hatten, und die durch *BioFuel Africa* zur Verfügung gestellten alternativen Felder waren schwer zu erreichen. Frauen, die zuvor Zugang zu Land über kollektive Landrechte hatten, erhielten keine Entschädigung. Gleiches gilt für Migrant*innen. Diejenigen, die bereits vor der Landvergabe über schwache Rechte verfügten, waren am stärksten vom vollständigen Verlust des Zugangs betroffen. Die Veränderung der Kontrolle über Zugang zu Land, die im Zusammenhang mit *land grabbing* zu beobachten ist, hat also zu einer Verstärkung von Hierarchien und sozialer Ungleichheit geführt.

In beiden Fällen traten im Zusammenhang mit der Vergabe des Lands an die Unternehmen *ScanFarm* und *BioFuel Africa* Konflikte auf. Die Konflikte entstanden aufgrund der Veränderung des Zugangs zu Land für die Landnutzer*innen, zu der es im Zusammenhang mit der Landvergabe kam. Die Akteure waren in beiden Konflikten Mitarbeitende der Unternehmen, Landnutzer*innen und traditionelle Autoritäten. Landnutzer*innen und traditionellen Autoritäten sind dabei als heterogene Gruppen zu verstehen, in denen die einzelnen Akteure sozial differenziert sind. Unterschiede zwischen den Akteuren bestanden insbesondere hinsichtlich ihrer Möglichkeiten Zugang zu Land zu erlangen oder ihn zu kontrollieren. In der Analyse der Konflikte hat sich insbesondere die Hierarchie zwischen *sub-chiefs* und *paramount chiefs* als relevant erwiesen sowie die Differenzierung der Landnutzer*innen hinsichtlich Kategorien sozialer Zugehörigkeit wie Geschlecht, Alter, Herkunft, Bildungsstand und Klasse.

Im Mittelpunkt des Konflikts um Zugang zu Land im Zusammenhang mit der Landvergabe an *ScanFarm* stand die intransparente Verhandlung der Landvergabe zwischen dem *paramount chief* und den Vorsitzenden des Unternehmens. Die Intransparenz entstand durch die mangelnde Information, Konsultierung und Partizipation von Landnutzer*innen und *sub-chiefs*. Für die Landnutzer*innen und *sub-chiefs* bedeutete dieser Ausschluss aus den Verhandlungen, dass sie nicht für ihre Interessen eintreten konnten, keinen Einfluss auf Entscheidungen bezüglich ihres Zugangs zu Land hatten und erst von der Landvergabe erfuhren, als das Unternehmen begann das Land zu bearbeiten. Die Folge war der Verlust des Zugangs zu Land und damit einher-

gehend die Verschlechterung ihrer Lebensgrundlage oder ihres Einkommens. Ziel der Landnutzer*innen war es daher, den Zugang zu ihrem Land, zurückzugewinnen. Mit dieser Forderung wandten sie sich an den *paramount chief*. Dieser behauptete, es sei nicht seine Intention gewesen, mehr als nur sein eigenes *stool land* an das Unternehmen zu vergeben und dem Ganzen liege ein Missverständnis zugrunde. Die Vorsitzenden des Unternehmens beriefen sich jedoch auf ihr Abkommen mit dem *paramount chief*. Laut diesem Abkommen habe der *paramount chief* ihnen die Erlaubnis zur Nutzung des Lands erteilt. Obwohl der *paramount chief* behauptete, es handele sich um ein Missverständnis, setzte er sich nicht dafür ein, den Landnutzer*innen wieder Zugang zu ihrem Land zu ermöglichen. Statt des Zugangs zu Land stellte der *paramount chief* den Landnutzer*innen und *sub-chiefs* zahlreiche Vorteile, die das Vorhaben mit sich bringen sollte, in Aussicht. Zu diesen zählten unter anderem die Verbesserung des Zugangs zu Wasser, der Gesundheitsversorgung und der Straßen sowie der Bau einer Schule. Zudem empfahl er den Landnutzer*innen und *sub-chiefs* von *ScanFarm* Entschädigungszahlungen für den Verlust ihres Landes oder ihrer Ernte einzufordern. Ein Großteil der Landnutzer*innen nahm die Aushandlung von Entschädigungszahlungen als einzige Handlungsoption wahr. Im weiteren Verlauf verlagerte sich der Konflikt daher insbesondere auf die Verhandlung der Höhe der Entschädigungszahlungen. Unerfüllte Erwartungen seitens der Landnutzer*innen und *sub-chiefs* hinsichtlich der Entschädigungshöhe sowie der vermeintlichen Vorteile des Projekts verstärkten den Konflikt. Es kam zu Protesten und Beschwerden der Landnutzer*innen und *sub-chiefs* beim *paramount chief* gegen das Vorhaben von *ScanFarm*. Einige Landnutzer*innen erhoben Anklage beim *Kumasi High Court* gegen das Unternehmen und versuchten den Zugang zu ihrem Land über das staatliche Rechtssystem wiederzuerlangen.

Im Kern des Konflikts verbunden mit der Landvergabe an *BioFuel Africa* ging es ebenfalls um die Veränderung des Zugangs zu Land. Auch hier entschied der *paramount chief* allein über die Vergabe des Lands. Die Verhandlungen darüber verliefen bilateral zwischen ihm und den Vorsitzenden des Unternehmens. Im Unterschied zur Landvergabe an *ScanFarm* informierten die beiden Verhandlungspartner jedoch die indigenen Landnutzer*innen und *sub-chiefs* über das Vorhaben. Das führte, anders als in den Verhandlungen um die Landvergabe an *ScanFarm*, zunächst zu einer größeren Transparenz. Dennoch traten im Verlauf der Umsetzung des Vorhabens durch *BioFuel Africa* auch hier Konflikte auf. Zentrale Themen in diesen Konflikten waren die Verschlechterung der Lebensgrundlage der Landnutzer*innen durch den Ver-

lust oder die Einschränkung des Zugangs zu Land; Veränderungen der Umgebung durch die Arbeiten des Unternehmens und damit verbundene negative Folgen für das Leben in der Gegend; die besondere Betroffenheit von Frauen; Ungleichheiten in der Verteilung von Arbeitsplätzen durch das Unternehmen; der mangelnde Informationsfluss zwischen dem Unternehmen und den Landnutzer*innen sowie zwischen unterschiedlichen traditionellen Autoritäten; und unerfüllte Versprechen seitens des Unternehmens. Auch in diesem Fall wandten sich die *sub-chiefs* als Vertreter ihrer Gemeinschaft mit ihren Beschwerden an den *paramount chief*. Auch dieser legte ihnen die vermeintlichen Vorteile des Vorhabens von *BioFuel Africa* dar, um sie trotz ihrer Kritik von dem Projekt zu überzeugen. Anders als im Konflikt um die Landvergabe an *ScanFarm* beschränkten sich die Austragungsformen des Konflikts auf Beschwerden beim *paramount chief* sowie die Erregung medialer Aufmerksamkeit über Radiosendungen durch eine kleine Gruppe von Landwirt*innen, die selbst nicht in der Gegend lebten, sondern täglich aus der Regionalhauptstadt kamen, um dort Landwirtschaft zu betreiben.

In Kapitel 8 habe ich die Entstehung und den Verlauf dieser Konflikte mit einem Fokus auf das Handeln traditioneller Autoritäten untersucht. Ich habe analysiert, wie es den *paramount chiefs* gelang, *sub-chiefs* und Landnutzer*innen die Kontrolle über den Zugang zu Land zu entziehen. Dafür habe ich typische Handlungsstrategien identifiziert und mit Hilfe meines Analyserahmens herausgearbeitet, inwiefern diese Handlungsstrategien als Ausübung sichtbarer, versteckter oder unsichtbarer Macht verstanden werden können. Anschließend habe ich untersucht, wie sich die Ausübung der unterschiedlichen Machtformen auf die Entstehung und den weiteren Verlauf der Konflikte ausgewirkt hat. Über meine Analyse konnte ich zeigen, dass die *paramount chiefs* in beiden Fällen kaum sichtbare Macht, sondern in erster Linie verdeckte Macht ausübten, um den Zugang zu Land kontrollieren zu können. Auch in ihren Handlungsstrategien konnte ich Parallelen herausarbeiten. Typische Handlungsstrategien waren die Einflussnahme auf institutionelle Verfahrensweisen, die Neuinterpretation bestehender traditioneller Regeln und Normen sowie die Kontrolle von Informationen gegenüber *sub-chiefs*, Landnutzer*innen und Mitarbeiter*innen von Behörden. Die unterschiedlichen Formen der verdeckten Macht ermöglichten den *paramount chiefs* diese Akteure aus den Verhandlungen der Landvergabe auszuschließen und als alleinige Verhandlungspartner aufzutreten. Neben der verdeckten Macht erwies sich auch die unsichtbare Macht als zentral in Bezug auf das Handeln traditioneller Autoritäten. Die unsichtbare Macht der *paramount chiefs* stärkte

in beiden Fällen ihre Fähigkeiten, versteckte Macht auszuüben. Unsichtbare Macht bedeutet, dass Akteure das Handeln entgegen ihrer ethischen Interessen hinnehmen, sich also nicht dagegen wehren oder sogar unterstützend daran mitwirken. Die unsichtbare Macht der *paramount chiefs* beruht auf ihrer Anerkennung durch die Gemeinschaft. Diese ist wiederum die Voraussetzung für ein Leben in der Gemeinschaft. Im Fall von *ScanFarm* kam die unsichtbare Macht der *paramount chiefs* unter anderem darin zum Ausdruck, dass die Landnutzer*innen aufhörten Widerstand zu leisten und sich darauf einließen, Entschädigungszahlungen mit dem Unternehmen auszuhandeln, statt ihr Land zurückzufordern, obwohl sich dadurch ihre Lebensbedingungen verschlechterten. Auch im Fall von *BioFuel Africa* äußerte sich die unsichtbare Macht des *paramount chiefs* im fehlenden Widerstand der Landnutzer*innen und *sub-chiefs* gegen die Landvergabe und das Vorhaben des Unternehmens. Aufgrund gesellschaftlicher Normen akzeptierten sie, sich nicht gegen die Entscheidung des *paramount chiefs* stellen zu können. Das Handeln des *paramount chiefs* verletzte ihre ethischen Interessen, doch sie erkannten ihr fehlendes Mitspracherecht als konform mit den traditionellen Regeln ihrer Gemeinschaft an. Daher leisteten auch sie keinen Widerstand, obwohl sie die Missstände, die die Landnutzung durch *BioFuel Africa* zur Folge hatte, klar benennen konnten.

Bezüglich des Zusammenhangs zwischen dem Handeln der *paramount chiefs* und der Entstehung sowie dem Verlauf von Konflikten um Zugang konnte ich über meine Analyse folgende Erkenntnisse gewinnen. Die versteckte Macht, die unter anderem in der mangelnden Information, Konsultierung und Partizipation der *sub-chiefs* und Landnutzer*innen zum Ausdruck kam, verhinderte in beiden Fällen zunächst die Entstehung eines Konflikts. Bevor sich der Zugang zu ihrem Land durch die Arbeiten der Unternehmen änderte, erkannten die Landnutzer*innen und *sub-chiefs* aufgrund mangelnder Informationen noch nicht, dass die *paramount chiefs* mit der Landvergabe entgegen ihrer Interessen handelten. Später, als sich Landnutzer*innen und *sub-chiefs* der Veränderung ihres Zugangs zu Land bewusst wurden und sich mit ihren Beschwerden darüber an die *paramount chiefs* wandten, kam deren mangelnde Rechenschaftspflicht gegenüber ihren Gemeinschaften zum Ausdruck. Das Handeln entgegen der Interessen ihrer Gemeinschaften hatte für die *paramount chiefs* keine (negativen) Konsequenzen. Landnutzer*innen und *sub-chiefs* standen zudem keine Handlungsmöglichkeiten zur Verfügung, um gegen das Handeln des *paramount chiefs* vorzugehen oder ihre Rechte auf Zugang zu Land durchzusetzen. Aufgrund der versteckten Macht waren offe-

ner Widerstand und die Herausforderung der Entscheidungen der *paramount chiefs* keine Option. Und auch darüber hinaus existierten keine (institutionalisierten) Wege, ihre Rechte an Land geltend zu machen oder traditionelle Autoritäten außerhalb des traditionellen Herrschaftssystems zur Verantwortung dafür zu ziehen, entgegen den Interessen der Gemeinschaft gehandelt zu haben.

In Bezug auf die Ausübung sichtbarer Macht – der Durchsetzung der eigenen Interessen auch gegen Widerstreben – wird in der Analyse der beiden Konflikte deutlich, dass diese nicht zu den typischen Handlungsstrategien traditioneller Autoritäten zählt. Insbesondere mit Blick auf die Entstehung und den Verlauf von Konflikten ist das interessant. Indem die *paramount chiefs* nicht offen gegen die Interessen der *sub-chiefs* und Landnutzer*innen handelten, vermieden sie auch die direkte Konfrontation mit ihnen. Wann immer sich der Konflikte manifestierte und die Landnutzer*innen und *sub-chiefs* Missstände, gegensätzliche Interessen oder verletzte Bedürfnisse kommunizierten, versuchten die *paramount chiefs* zunächst – auf unterschiedliche Weise – sie zu beschwichtigen und Lösungsoptionen vorzuschlagen. Damit gelang es ihnen, eine Eskalation zu vermeiden. Hinsichtlich der verletzten Interessen sind die Lösungsoptionen jedoch nicht auf die Bedürfnisse der Landnutzer*innen ausgerichtet, sondern sie zielen vielmehr auf eine technokratische Regelung des Konflikts ab. Statt die Landvergabe als solche in Frage zu stellen, fokussieren die Lösung von Streitpunkten, die erst durch die Landvergabe entstanden sind. Dazu zählt unter anderem die Verhandlung Entschädigungszahlungen. Damit geht in beiden Fällen eine Verschiebung in der Austragung des Konflikts einher. Der Fokus der *sub-chiefs* und Landnutzer*innen wechselt vom Handeln der *paramount chiefs* auf das Handeln der Unternehmen. Obwohl die Konflikte weiterhin bestehen bleiben, ist die Konsequenz daraus eine geringere Konfrontation zwischen *paramount chiefs* und den landnutzenden Gemeinschaften.

Die empirischen Erkenntnisse, die der Vergleich der beiden Fälle bezüglich der Erklärung von Konflikten liefert, zeigen klare Parallelen, aber auch Unterschiede auf. Im folgenden Abschnitt diskutiere ich diese.

Im Zentrum beider Konflikte stehen die antagonistischen Interessen der Konfliktakteure in Bezug auf den Zugang zu Land. Insbesondere über unterschiedliche Formen versteckter Macht gelang es den *paramount chiefs* in beiden Fällen, sich die Kontrolle über den Zugang zu Land anzueignen und diese an die Unternehmen zu übertragen. Die Konflikte, die damit einhergingen, verliefen zwischen denjenigen, die sich die Kontrolle über den Zu-

gang zu Land neu angeeignet haben (*paramount chief* und Unternehmen) und denjenigen, die ihren Zugang zu Land oder die Kontrolle über den Zugang zu Land verloren haben (Landnutzer*innen und *sub-chiefs*). In beiden Fällen entstanden die Konflikte zu dem Zeitpunkt, zu dem Landnutzer*innen und *sub-chiefs* Kenntnis über die Einschränkungen oder den Verlust ihres Zugangs zu Land erlangten. Eine weitere Parallele besteht hinsichtlich der Manifestierung der Konflikte durch die Kommunikation der antagonistischen Interessen. In beiden Fällen wandten sich die Landnutzer*innen zunächst mit ihren Beschwerden über die Einschränkung oder den Verlust ihres Zugangs zu Land an den *sub-chief*, der die Anliegen an den jeweiligen *paramount chief* weiterleitete. Die *paramount chiefs* positionierten sich trotz der Beschwerden zugunsten der Landvergabe. Sie versuchten die Landnutzer*innen und *sub-chiefs* von dem Vorhaben zu überzeugen, indem sie vermeintliche Vorteile in den Vordergrund stellten. Die Parallelen zu Beginn der beiden Konflikte lassen sich über die gleichen rechtlichen Rahmenbedingungen, unter denen die Vergabe des Lands stattfand, erklären. Von Bedeutung diesbezüglich ist insbesondere das Verhältnis von traditioneller zu staatlicher Herrschaft (Berry 2017; Boone 2015), das in beiden Fällen durch die nationale Verfassung (Republic of Ghana 1992) bestimmt ist. Angelegenheiten, die traditionell verwaltetes Land betreffen, unterliegen laut Verfassung der alleinigen Hoheit traditioneller Autoritäten, was ihre zentrale Rolle zu Beginn beider Konflikte erklärt.

Trotz der anfänglichen Parallelen sind die Konflikte in ihrem weiteren Verlauf durch unterschiedliche Forderungen sowie unterschiedliche Handlungsstrategien der Konfliktakteure gekennzeichnet. Im Fall von *ScanFarm* richteten die Landnutzer*innen und *sub-chiefs* nach dem Ersuch des *paramount chief* ihre Forderungen insbesondere an das Unternehmen und teilweise auch an staatliche Institutionen. Sie verfassten Briefe an das Unternehmen und suchten das Gespräch mit dem Geschäftsführer des Unternehmens, um ihren Zugang zu Land zurückzufordern sowie später Entschädigungszahlungen auszuhandeln. Einige weigerten sich ihr Land zu verlassen und es dem Unternehmen zu überlassen und leisteten – teilweise mit der Androhung von Waffengewalt – Widerstand gegen die Nutzung ihres Lands durch das Unternehmen. Darüber hinaus erstattete ein Teil der Landnutzer*innen Anzeige gegen die Nutzung des Lands durch *ScanFarm* bei der lokalen Polizei und zog vor Gericht. Zudem fanden zu Beginn des Konflikts – unterstützt durch *ActionAid Ghana* – allgemeine Proteste gegen *land grabbing* statt. An diesen Protesten – die vor dem *Agogo Traditional Council* endeten – nahmen nicht nur

von der Landvergabe betroffene Landnutzer*innen teil, sondern auch andere Einwohner*innen von Agogo.

Im Fall von *BioFuel Africa* war der Verlauf des Konflikts nach dem Ersuch des *paramount chiefs* durch die Abwesenheit konfrontativer Handlungsstrategien gekennzeichnet. Landnutzer*innen sowie *sub-chiefs* tauschten sich untereinander über ihre Missstände aus, jedoch stellten sie keine Forderungen an den *paramount chief* oder das Unternehmen. Eine Ausnahme bildete eine kleine Gruppe Landwirt*innen, die nicht in der Gegend lebten, sondern nur Land dort nutzten. Sie kämpften gegen den Verlust ihres Lands, indem sie – ebenfalls mit Unterstützung durch *ActionAid Ghana* – über Radiosendungen zu der Landvergabe versuchten mediale Aufmerksamkeit für *land grabbing* in Ghana und insbesondere die Landvergabe an *BioFuel Africa* zu erregen.

Das Handeln der *paramount chiefs* bietet – über die Ausübung unterschiedlicher Formen der Macht und der Aneignung der Kontrolle über Zugang zu Land hinaus – eine mögliche Erklärung für die Unterschiede im Verlauf der beiden Konflikte. Im Fall von *ScanFarm* forderte der *paramount chief* zu Beginn der Verhandlungen die Zahlung von *drink money* durch das Unternehmen ein. Die Höhe der Summe behielt er für sich und teilte die Einnahmen auch nicht mit den landnutzenden Gemeinschaften. Den Ausschluss der Landnutzer*innen von der Teilhabe an den Einnahmen begründete er im Nachhinein damit, dass er nur sein eigenes *stool land* vergeben habe. Vor diesem Hintergrund wies er die Verantwortung für die Aneignung des Lands der Landnutzer*innen durch *ScanFarm* im Gespräch mit den *sub-chiefs* und Landnutzer*innen von sich. Dem Unternehmen erteilte er jedoch später die schriftliche Erlaubnis, auch bei Widerstand seitens der Landnutzer*innen mit den Arbeiten auf dem Land fortzufahren. Die Landnutzer*innen verwies er mit ihren Beschwerden an das Unternehmen. Dieses Vorgehen erklärt, warum die Landnutzer*innen ihre Forderungen im weiteren Verlauf des Konflikts an *ScanFarm* und nicht mehr an den *paramount chief* richteten. Im Konflikt mit dem Unternehmen war eine der wenigen Handlungsoptionen, die sich den Landnutzer*innen bot, die Verhandlung von Entschädigungszahlungen. Die Landvergabe an *BioFuel Africa* zeichnete sich – trotz mangelnder Partizipation der Landnutzer*innen und *sub-chiefs* in den Verhandlungen – durch eine höhere Transparenz aus. Unter anderem war die Höhe der Summe, die das Unternehmen für die Nutzung des Lands leistete, öffentlich bekannt und der *paramount chief* ließ alle indigenen Gemeinschaften in der Projektgegend daran teilhaben. Hinzu kam, dass *BioFuel Africa* im Vorfeld Absprachen mit den Landnutzer*innen bezüglich ihrer Felder traf. Das Unternehmen erklärte

sich bereit, die Felder der Landnutzer*innen bei der Errichtung der Jatropha-Plantage wenn möglich unberührt zu lassen oder ihnen alternative Flächen zur Verfügung zu stellen. Der Ablauf der Landvergabe und das Vorgehen des Unternehmens liefern eine Erklärung für spätere Unterschiede. Da die Felder der Landnutzer*innen bei der Errichtung der Jatropha-Plantage unberührt bleiben sollten, war die Einforderung individueller Entschädigungszahlungen in diesem Fall keine Handlungsoption.

Der unterschiedliche Verlauf der Konflikte, der unter anderem in unterschiedlichen Forderungen und Handlungsstrategien der Landnutzer*innen zum Ausdruck kommt, lässt sich somit nicht nur über das Handeln der *paramount chiefs* erklären. Die empirischen Erkenntnisse deuten darauf hin, dass neben dem Handeln der *paramount chiefs* weitere Faktoren relevant für die Erklärung der Konflikte sind. Teilweise beeinflusst das Handeln der *paramount chiefs* diese Faktoren; teilweise sind sie unabhängig davon zu betrachten. Zu den weiteren Faktoren zählen, wie ich nachfolgend erläutern werde, das Handeln der Unternehmen und der Ablauf der Landvergabe, die soziale Zugehörigkeit der Landnutzer*innen und ihre Möglichkeiten, Zugang zu Land zu erlangen, sowie die Entfernung der durch die Landvergabe betroffenen Dörfer von größeren Städten und dem Sitz der Unternehmen *ScanFarm* und *BioFuel Africa*.

Über den Vergleich der beiden Fälle werden Unterschiede hinsichtlich der Landvergabe deutlich. Meine erhobenen Daten zeigen, dass sich trotz gleicher rechtlicher Rahmenbedingungen die Landvergabe an *ScanFarm* in ihrem Ablauf von derjenigen an *BioFuel Africa* unterschied. Die Landvergabe an *BioFuel Africa* zeichnete sich im Vergleich zur Landvergabe an *ScanFarm* durch eine frühere sowie stärkere Einbeziehung von Behörden und durch die vorherige Informierung eines Teils der – vornehmlich indigenen – *sub-chiefs* und Landnutzer*innen aus. Dadurch genoss das Projekt später eine höhere Legitimität, die sich darin äußerte, dass *sub-chiefs* und Landnutzer*innen die Landvergabe nicht *per se* infrage stellten. Sie bemängelten vornehmlich enttäuschte Erwartungen oder unerwartete Folgen des Vorhabens. Die Landvergabe an *ScanFarm* verlief anders. Zentral waren der absolute Ausschluss der *sub-chiefs* und Landnutzer*innen sowie zunächst auch die Abwesenheit von Behörden. Im dem Konflikt, der in diesem Kontext entstand, stellten Landnutzer*innen die Landvergabe im Allgemeinen und insbesondere ihre Rechtmäßigkeit infrage. Sie reichten Klage gegen das Unternehmen ein und weigerten sich, ihr Land dem Unternehmen zu überlassen. Der Ablauf der Landvergabe und insbesondere (fehlende) Absprachen zwischen Landnutzer*innen und Unternehmen

wirkten sich auf die Forderungen der Landnutzer*innen aus und bieten eine Erklärung dafür, warum die Verhandlung von Entschädigungszahlungen im einen Fall so prominent waren und im anderen Fall keine Rolle spielten. Die Entscheidungen der Vorsitzenden von *ScanFarm* und *BioFuel Africa* bezüglich des Ablaufs der Landvergabe hatten also ebenfalls Einfluss auf den Verlauf der Konflikte. Das Handeln der Unternehmen muss in der Erklärung von Konflikten um Zugang zu Land, die im Zusammenhang mit *land grabbing* auftreten, mitberücksichtigt werden.

Ein weiterer Faktor, der sich im Vergleich der beiden Fälle als relevant für die Erklärung von Konflikten um Zugang herausgestellt hat, war die soziale Zugehörigkeit der Landnutzer*innen. In beiden Konflikten bestimmte diese, über welche Mechanismen Landnutzer*innen zuvor Zugang zu Land erlangen konnten, bewirkte, dass Akteure auf unterschiedliche Weise durch die Landvergabe betroffen waren, und beeinflusste die Handlungsmöglichkeiten, die ihnen in den Konflikten um Zugang zu Land zur Verfügung standen. In beiden Fällen war die Herkunft der Landnutzer*innen eine zentrale Kategorie sozialer Zugehörigkeit. In den Ergebnissen der Analyse kommt dies insbesondere in Unterschieden zwischen indigenen und migrantischen Landnutzer*innen zum Ausdruck. Im Fall von *ScanFarm* war zudem die Differenzierung innerhalb der Gruppe der indigenen Landnutzer*innen von Bedeutung, die in unterschiedlichen Rechten an Land Ausdruck fand. Auch Bildung spielte diesbezüglich eine Rolle. Im Fall von *BioFuel Africa* war hinsichtlich der Differenzierung innerhalb der Gruppe der indigenen Landnutzer*innen die Kategorie Geschlecht bedeutend in der Analyse der Konflikte. Das hing damit zusammen, dass sich das Unternehmen vornehmlich kollektiv von Frauen genutztes Land aneignete.

Schließlich gibt der Vergleich der beiden Fälle Anhaltspunkte dafür, dass sich neben dem Handeln der *paramount chiefs*, dem Handeln der Unternehmen und der sozialen Identität der Landnutzer*innen auch die Distanz der durch die Landvergabe betroffenen Dörfern zu nächst größeren Städten und zum Sitz des Unternehmens auf den Verlauf von Konflikten um Zugang zu Land auswirken. Die Projektgegenden von *ScanFarm* und *BioFuel Africa* weisen diesbezüglich deutliche Unterschiede auf. Die Projektgegend von *ScanFarm* liegt in unmittelbarer Nähe der Bezirkshauptstadt Agogo, wo das Unternehmen seinen Geschäftssitz hat. Viele der Landnutzer*innen aus den Dörfern Dukusen, Nsonyameye und Baama wohnen außerhalb der Ernte- und Anbauzeit ebenfalls in Agogo. Die Projektgegend von *BioFuel Africa* hingegen liegt ca. 50km weit entfernt von der Regionalhauptstadt Tamale und dem Sitz des Un-

ternehmens. Auch zwischen den einzelnen betroffenen Dörfern liegen zum Teil große Distanzen. Neben dem Handeln der *paramount chiefs* bieten diese Faktoren einen weiteren Erklärungsansatz für den Verlauf von Konflikten. Sie sind relevant um zu verstehen, warum sich die Landnutzer*innen und *sub-chiefs* im Fall von *ScanFarm* mit ihren Forderungen an das Unternehmen wenden konnten, im Fall von *BioFuel Africa* jedoch nicht. Das Aufsuchen der Geschäftsstelle von *BioFuel Africa* wäre mit hohem zeitlichem Aufwand, hohen Transportkosten und Ortskenntnissen verbunden gewesen. Die Landnutzer*innen von Dukusen, Nsonyameye oder Baama hingegen konnten die Geschäftsstelle von *ScanFarm* ohne weitere Mühen und Kosten aufsuchen. Auch hinsichtlich der Bildung von Allianzen sind diese Faktoren von Bedeutung. Im Fall von *ScanFarm* standen die von der Landvergabe betroffenen Landnutzer*innen aus den unterschiedlichen Dörfern in regelmäßigem Austausch. Einige von ihnen kannten sich vor der Landvergabe bereits persönlich aus ihrem gemeinsamen Wohnort Agogo und trugen zu einer guten Vernetzung und Solidarisierung vieler betroffener Landnutzer*innen bei. Im Fall von *BioFuel Africa* fand dieser Austausch zwischen den Landnutzer*innen aus den unterschiedlichen Dörfern nicht statt. Die große Distanz zwischen den Dörfern ist eine mögliche Erklärung dafür. Der fehlende Austausch erschwert wiederum auch die Solidarisierung der Landnutzer*innen und die gemeinsame Entwicklung von Handlungsstrategien. Die Unterschiede bezüglich der geografischen Lage ihrer Implikationen für das Handeln der Akteure bieten einen möglichen Erklärungsansatz für die unterschiedlich erfolgreiche Mobilisierung der Landnutzer*innen gegen *land grabbing* durch *ActionAid Ghana*. In Agogo mobilisierte *ActionAid Ghana* erfolgreich gegen *land grabbing*. Gemeinsam mit dem zivilgesellschaftlichen Netzwerk *Agogoman mma kuo*, das sich für gesellschaftspolitische Belange der Bürger*innen von Agogo einsetzte, organisierten sie Demonstrationen gegen *land grabbing* im Allgemeinen und gegen die Landvergabe an *ScanFarm*. In der Projektgegend von *BioFuel Africa* hingegen, gelang es *ActionAid Ghana* nicht, die Landnutzer*innen zu mobilisieren.

Eine Annahme, von der ich zu Beginn meiner Forschung ausgegangen bin, war, dass die Ausgestaltung traditioneller Herrschaftssysteme das Handeln traditioneller Autoritäten beeinflusst und sich somit auf Konflikte auswirkt. Meine empirischen Erkenntnisse bestätigen dies nur teilweise. Der einzige Anhaltspunkt, der die Annahme stützt, ist folgender. Bezuglich der Vergabe von Land bestehen Unterschiede zwischen dem *chieftaincy*-System der Aschanti und demjenigen der Dagomba. Diese Unterschiede betreffen die Hierarchien, die in den beiden traditionellen Herrschaftssystemen bestehen und

die Entscheidungshoheit unterschiedlicher traditioneller Autoritäten in der Landvergabe. Diese Unterschiede haben sich auf den Ablauf der Landvergabe und damit auch auf den Verlauf der Konflikte um Zugang zu Land ausgewirkt. In der Hierarchie des *chieftaincy*-System der Dagomba in der Northern Region existiert eine dem *paramount chief* übergeordnete traditionelle Autorität – der *Ya Naa* – die jede großflächige Vergabe von Land bewilligen muss. Daraus ergibt sich eine Rechenschaftspflicht des *paramount chiefs* gegenüber dem *Ya Naa*. In der Ashanti Region existiert diese so nicht. Der *paramount chief* in der Ashanti Region war nicht auf das Einverständnis des *Asantehene*, des Königs der Ashanti, angewiesen, sondern konnte die Vergabe des Lands eigenständig beschließen. Aufgrund seiner fehlenden Rechenschaftspflicht gegenüber einer höheren Instanz hatte er mehr Möglichkeiten, institutionelle Verfahrensweisen zu bestimmen und versteckte Macht auszuüben, als der *Tijo Naa*. Das könnte eine Erklärung für die größere Transparenz in der Landvergabe an *BioFuel Africa* sein. Unterschiede zwischen den traditionellen Herrschaftssystemen der Ashanti und Dagomba können sich also auf das Handeln traditioneller Autoritäten auswirken. Als ebenso relevant für ihr Handeln erachte ich jedoch die Unterschiede in den Persönlichkeiten der *paramount chiefs*: ihre gesellschaftliche Stellung, die Ressourcen, die ihnen zur Verfügung stehen, ihren Bildungsgrad etc. Darüber hinaus ist für ihr Handeln bezüglich der Vergabe von Land die Fähigkeit, Macht über Landnutzer*innen ausüben zu können, von Bedeutung. Diese Fähigkeit hängt wiederum damit zusammen, über welche Mechanismen Landnutzer*innen Zugang zu Land erlangen oder welche Landrechte sie einfordern können. Die Ausgestaltung des Zugangs zu Land ist jedoch nicht nur durch Unterschiede in den traditionellen Herrschaftssystemen bestimmt, sondern hängt ebenfalls mit den kontextspezifischen Formen der Landnutzung zusammen. Hier schließe ich an Amanor (2008) und Berry (2009a) an und argumentiere, dass sich Unterschiede im Zugang zu Land über die Geschichte der landwirtschaftlichen Entwicklung in der jeweiligen Gegend erklären lassen. In der Ashanti Region hat sich maßgeblich der dort verbreitete Kakao-Anbau auf die Landrechtsansprüche der Landnutzer*innen ausgewirkt. Er hat dazu geführt, dass die Kakaobäuerinnen und -bauern individuelle Landrechte geltend machen konnten, auf die der *paramount chief* keinen Einfluss hatte. In der Northern Region gab es diese Entwicklung nicht, sondern die Landvergabe erfolgte immer über den *chief*. Das führte zu einer größeren Abhängigkeit der Landnutzer*innen von traditionellen Autoritäten und verlieh dem *paramount chief* entsprechend mehr unsichtbare Macht.

Trotz Unterschieden in den Herrschaftssystemen der Ashanti und Da-gomba sowie teilweise unterschiedlichen Machtressourcen und Handlungsstrategien der *paramount chiefs* sind die übergeordneten Erkenntnisse aus beiden Fällen gleich. Die Entstehung der Konflikte ging in beiden Fällen auf die Verschiebung der Kontrolle über den Zugang zu Land zugunsten der *paramount chiefs* zurück. Die Verschiebung von Kontrolle über Zugang ist typisch für Kontexte, die wie *land grabbing* durch strukturelle Veränderungen, wie die Ausweitung der agrarindustriellen Produktionsweise, die Veränderung von Landbesitzverhältnissen oder der Transformation von Arbeitsbeziehungen gekennzeichnet sind (Dietz/Engels 2020; Peluso/Lund 2011). Für die Landnutzer*innen wirkte sich die Veränderung von Kontrolle negativ auf ihren Zugang zu Land aus. Sie hatten jedoch keine Möglichkeiten, die *paramount chiefs* dafür zur Rechenschaft zu ziehen. Das Problem der mangelnden Rechenschaftspflicht beschreibt auch Janine Ubink (2008a: 92). Dieses rückt die Bedeutung des Verhältnisses von staatlicher und traditioneller Herrschaft in den Mittelpunkt, die auch andere Studien hervorheben (Amanor 2008; Boone 2015; Claassens/Cousins 2008; Peters 2013a; Ubink 2008a). Die Anerkennung und Legitimierung traditioneller Herrschaft durch den Staat, die Entscheidungshoheit traditioneller Autoritäten in Landverwaltungsfragen sowie fehlende rechtliche Möglichkeiten der Landnutzer*innen, Zugang zu Land zu verteidigen oder einzufordern, tragen maßgeblich dazu bei, dass traditionelle Autoritäten so handeln können, wie sie handeln. Mit der Veränderung von Kontrolle ging des Weiteren ein Wandel in den sozialen Beziehungen rund um den Zugang zu Land einher. Um weiterhin Zugang zu Land erlangen zu können, mussten Landnutzer*innen Rechte neu verhandeln. In diesem Kontext haben in beiden Fällen klientelistische und kapitalistische Beziehungen an Bedeutung gewonnen. Unter dem Bedeutungsgewinn klientelistischer Beziehungen verstehe ich, dass durch die Landvergabe die Beziehung zu den *paramount chiefs* wichtiger geworden ist, um Zugang zu Land zu erlangen. Im Fall von *ScanFarm* war die Beziehung zum *paramount chief* von Vorteil, um einen Arbeitsplatz bei dem Unternehmen zu erhalten. Auch für die Bestätigung vorheriger Landrechte erwies sich die Beziehung zum *paramount chief* als relevant. Im Fall von *BioFuel Africa* war die enge Beziehung zum *paramount chief* ebenfalls zentral für eine Anstellung bei dem Unternehmen. Auch Informationen und der Kontakt zum Unternehmen, um Zugang zu Land zu schützen, liefen über den *paramount chief*. Unter dem Bedeutungsgewinn kapitalistischer Beziehungen für den Zugang zu Land verstehe ich, dass Landnutzer*innen nach der Landvergabe Zugang zu Land hauptsächlich über die

Unternehmen und zumeist in Form von Geld – seien es Entschädigungszahlungen oder Lohn für Arbeit – erlangen können. Traditionelle Landrechte hingegen verloren an Relevanz. Sie ermöglichten Landnutzer*innen in beiden Fällen nicht oder nur sehr begrenzt, ihren Zugang zu Land aufrechtzuerhalten. Die viel diskutierte Verhandelbarkeit und flexible Interpretation traditioneller Rechte führte im Zusammenspiel mit der sichtbaren, versteckten und unsichtbaren Macht nicht etwa zu einem größeren Handlungsspielraum der Landnutzer*innen, sondern zur Verstärkung sozialer Ungleichheiten und zur Reproduktion von Machtverhältnissen. Mit dieser Beobachtung schließe ich an Amanor (1999) und Peters (2004) an. Mit Blick auf zunehmende Konkurrenz und Konflikte um Land, die im Rahmen struktureller Veränderungen auftreten, kommen sie ebenfalls zu diesem Schluss. Mithilfe meines Analyserahmens konnte ich nicht nur zeigen, dass sich im Zusammenhang mit *land grabbing* der Zugang zu Land zuungunsten der vorherigen Landnutzer*innen verändert hat. Ich konnte darüber hinaus ein differenziertes Bild der unterschiedlichen Zugangsmechanismen herausarbeiten und diese in einen Zusammenhang mit der sozialen Zugehörigkeit der Landnutzer*innen setzen. So konnte ich zeigen, wie genau sich die Verluste und Gewinne in Bezug auf Zugang zu Land verteilt haben. Hinsichtlich der Erklärung von Konflikten um Zugang zu Land hat das Konzept der sichtbaren, unsichtbaren und versteckten Macht Aufschluss darüber gegeben, inwiefern Machtverhältnisse eine vermittelnde Funktion zwischen der Kontrolle des Zugangs zu Land und dem Auftreten von Konflikten spielen. Eine Stärke des Konzepts war es, auch die Bedeutung von Nicht-Handeln für die Erklärung von Konflikten zu erkennen. Über die Analyse der unterschiedlichen Machtformen konnte ich zeigen, warum Konflikte bestehen können, auch wenn sie nicht manifest werden, also in Handeln resultieren.

9.2 Formulierung von Hypothesen

Auf der Grundlage meiner empirischen Erkenntnisse formuliere ich drei Hypothesen zur Erklärung von Konflikten um Zugang zu Land, die im Zusammenhang mit *land grabbing* in traditionellen Landverwaltungssystemen auftreten. In den Hypothesen greife ich die zu Beginn dieses Buches formulierten Fragen auf. Diese lauteten: (1) Wie verändert sich Kontrolle über den Zugang zu Land im Kontext von *land grabbing*? (2) Wie verändern sich in diesem Zusammenhang traditionelle Herrschaftssysteme? Und (3) wie

wirkt sich das Handeln traditioneller Autoritäten auf die Entstehung und den Verlauf von Konflikten um Zugang zu Land aus?

Hypothese 1: Im Zusammenhang mit *land grabbing* bewirkt das Handeln ranghoher traditioneller Autoritäten die Reproduktion von Machtverhältnissen in traditionellen Herrschaftssystemen.

Viele traditionelle Herrschaftssysteme weisen eine deutliche Stratifizierung, tief verankerte Hierarchien und Machtverhältnisse auf (Grischow 2008). Die für meine Forschung relevanten traditionellen Herrschaftssysteme in Ghana bilden diesbezüglich keine Ausnahme. In beiden Systemen kommen institutionalisierte Hierarchien in einer klaren Rangordnung traditioneller Autoritäten zum Ausdruck. An der Spitze dieser Herrschaftssysteme steht jeweils ein König – der *Asantehene* bei den Ashanti und der *Ya Naa* bei den Dagomba. Unter dem König befinden sich die *paramount chiefs* und unter diesen die *sub-chiefs*. In dieser Hierarchie ist die Stellung rangniederer Autoritäten immer damit verbunden, dass sie die jeweils höhere Autorität anerkennen und sich ihr gegenüber als loyal erweisen. Darüber hinaus genießen sie weitreichende Freiheiten in der Ausübung ihrer alltäglichen Tätigkeiten. Meine Forschung belegt dies mit Blick auf die Verwaltung von Land. *Sub-chiefs* handelten diesbezüglich in beiden Fällen eigenverantwortlich und ohne Rücksprache mit dem *paramount chief*. In ihrem Zuständigkeitsbereich waren sie in ihren Entscheidungen über die Vergabe von Land für die Subsistenzwirtschaft vollkommen unabhängig. Damit ging einher, dass die *paramount chiefs* keine Kenntnisse über die Nutzung des durch die *sub-chiefs* verwalteten Lands hatten. Sie wussten nicht, welches Stück Land wie und durch wen genutzt wird und forderten auch keine Informationen diesbezüglich ein.

Im Zusammenhang mit der großflächigen Vergabe von Land an die Unternehmen *ScanFarm* und *BioFuel Africa* erlangten Hierarchien, die zuvor bereits in den traditionellen Herrschaftssystemen bestanden, aber keine Bedeutung für die alltägliche Landverwaltung hatten, an neuer Relevanz. Mit ihrem Auftreten als Eigentümer des Lands gegenüber den Unternehmen beanspruchten die *paramount chiefs* die Entscheidungshoheit über den Zugang zu Land für sich. Damit forderten sie lang etablierte Normen in der gewohnheitsrechtlichen Verwaltung von Land heraus. Die Loyalität, die *sub-chiefs* ihrem *paramount chief* entgegenbringen (müssen), um ihre Stellung im traditionellen Herrschaftssystem nicht zu gefährden, bedeutet wiederum den *paramount chief* in seiner Autorität anzuerkennen. Entscheidungen, die der *paramount chief* trifft, können *sub-chiefs* nicht infrage stellen, ohne als illoyal zu gelten. Im Kontext von *land grabbing* verändert sich die Bedeutung

von Zugang von Land. Die innere Logik traditioneller Herrschaftssysteme ermöglicht den *paramount chiefs* in diesem Zusammenhang die Kontrolle über Land, das zuvor die *sub-chiefs* verwalteten, zu erlangen. Durch die Zentralisierung der Kontrolle über den Zugang zu Land weiten sie ihre Macht aus und reproduzieren bestehende Hierarchien.

Hypothese 2: Im Zusammenhang mit *land grabbing* bewirkt das Handeln ranghoher traditioneller Autoritäten eine Zentralisierung von Kontrolle über Zugang zu Land. Damit gehen die Schwächung traditioneller Landrechte und die Verstärkung sozialer Ungleichheit einher.

Zahlreiche Beiträge, die sich mit *land grabbing* beschäftigen, heben die analytische Bedeutung von Kontrolle hervor (Borras/Franco/et al. 2012; Peluso/Lund 2011; Wilson 2015). Borras/Franco/et al. (2012) argumentieren, *land grabbing* sei im Wesentlichen *control grabbing*, da es sich insbesondere um die Aneignung von Kontrolle über den Zugang zu Land handele (ebd.: 850). Ebenfalls aus der Perspektive sich wandelnder Kontrollverhältnisse distanzieren sich auch Peluso und Lund (2011) von *land grabbing* im Sinne eines Containerbegriffs. Sie sehen *land grabbing* als eine Vielzahl sich wandelnder Kontexte, in denen neue Kräfte und Widersprüche entstehen, die sich auf die Kontrolle des Zugangs zu Land auswirken (ebd.: 669). Akteure können Kontrolle über den Zugang zu Land ausüben, indem sie neue Zugangsmechanismen bestimmen oder alte konsolidieren, indem sie eigene Ansprüche auf Zugang zu Land durchsetzen oder anderen Akteuren Zugang zu Land verwehren. Die Aneignung von Kontrolle kann über vielfältige Mechanismen erfolgen: über die räumlich-administrative und politische Umstrukturierung eines Gebiets und seiner Abgrenzung nach außen (Territorialisierung) (Vandergeest/Peluso 1995), über den Erwerb dokumentierter (und meistens staatlich legitimierter) Eigentums- oder Nutzungsrechte, über die Einhegung von Land durch Zäune oder Wachpersonal und über die Androhung oder Ausübung von Gewalt (Peluso/Lund 2011: 668). Die unterschiedlichen Kontrollmechanismen sind nicht unbedingt aufeinander abgestimmt oder dienen dem gleichen Ziel. Sie können sich ergänzen oder in Konkurrenz zueinander stehen (ebd.). Über welche Mechanismen sich Akteure im Zusammenhang mit *land grabbing* Kontrolle über Land aneignen (können), ist unter anderem durch die rechtlichen Rahmenbedingungen, die vorherige Nutzung des Lands und den Zweck der Aneignung bestimmt.

Durch meine Forschung in zwei unterschiedlichen traditionellen Landverwaltungssystemen in Ghana konnte ich zeigen, dass im Vorfeld von *land grabbing* die Kontrolle über den Zugang zu Land auf mehrere Akteure ver-

teilt war: auf indigene Landnutzer*innen und auf ranghohe sowie rangniedere traditionelle Autoritäten. Sie alle ermöglichten wiederum einer Vielzahl anderer Akteur*innen Zugang zu Land, indem sie ihnen Landrechte übertrugen, die Nutzung des Lands gewährten oder Vereinbarungen wie Pacht- oder *sharecropping*-Verträge mit ihnen schlossen. Im Zusammenhang mit *land grabbing* veränderten sich die Kontrollverhältnisse. Aufgrund des Handelns einzelner ranghoher traditioneller Autoritäten – in beiden Fällen *paramount chiefs* – verloren indigenen Landnutzer*innen und rangniedere traditionelle Autoritäten die Kontrolle über den Zugang zu Land. Über die Einflussnahme auf institutionelle Verfahrensweisen gelang es den *paramount chiefs*, sich die Kontrolle über den Zugang zu Land anzueignen. Es kam zu einer Zentralisierung von Kontrolle zu Gunsten der *paramount chiefs*, die schließlich die Kontrolle über den Zugang zu Land an die Unternehmen übertrugen. Möglich war dies aufgrund der fehlenden Rechenschaftspflicht der *paramount chiefs* gegenüber *sub-chiefs*, Landnutzer*innen sowie staatlichen Akteuren, die laut nationaler Gesetzgebung in die großflächige Vergabe von Land für die agrar-industrielle Nutzung mit einbezogen werden sollten. Zudem boten sich Landnutzer*innen und *sub-chiefs* keine Handlungsoptionen, um ihre Rechte an Land einzufordern und durchzusetzen.

Durch die Veränderung der Kontrollverhältnisse fanden selbst Rechte, die zuvor als permanent galten, keine oder nur unzureichende Berücksichtigung. Die Lebensbedingungen aller Akteure, denen die Kontrolle über den Zugang zu Land entzogen wurde oder die ihren Zugang zu Land verloren, verschlechterten sich im Zuge der Landvergabe.

Jedoch waren nicht alle Landnutzer*innen gleichermaßen von den Auswirkungen der veränderten Kontrollverhältnisse betroffen. Vielmehr belegen die erhobenen Daten eine Verstärkung bereits zuvor bestehender sozialer Ungleichheitsverhältnisse. Auch wenn die Landnutzer*innen und *sub-chiefs* in beiden untersuchten Fällen die Verlierer*innen der Landvergabe waren, gelang es manchen von ihnen, Entschädigungszahlungen oder die Bereitstellung alternativer Felder durch die Unternehmen für den Verlust ihres Lands einzufordern oder ein Einkommen als Arbeiter*in für das Unternehmen zu erhalten. Zu diesen Landnutzer*innen zählten jedoch nicht diejenigen, deren Zugang zu Land bereits vor der Landvergabe unsicher war wie Migrant*innen und Landnutzer*innen mit kollektiven Zugangsrechten. Sie trafen die Auswirkungen der veränderten Kontrollverhältnisse am stärksten.

In traditionellen Landverwaltungssystemen hängt die Kontrolle über den Zugang zu Land also von mehr als dem Erwerb schriftlich dokumentierter

Landnutzungsrechte ab. Um Kontrollverhältnisse zu verändern bedarf es vielmehr einer Neuinterpretation bestehender Regeln und Verfahrensweisen sowie ihrer Anerkennung als legitim.

Hypothese 3: Ranghohe traditionelle Autoritäten üben durch ihr Handeln im Zusammenhang mit *land grabbing* auf unterschiedlichen Ebenen Macht gegenüber den Landnutzer*innen aus. Dadurch beeinflussen sie maßgeblich den Verlauf von Konflikten um Zugang zu Land.

Macht – verstanden als die Fähigkeit, Kontrolle über Zugang zu Land ausüben zu können – ist von zentraler Bedeutung für die Analyse von Konflikten, die im Zusammenhang mit *land grabbing* auftreten. In Abhängigkeit des Kontexts, in dem Konflikte auftreten, üben Akteure unterschiedliche Formen von Macht aus, mittels derer sie den Zugang zu Land kontrollieren. Die unterschiedlichen Formen von Macht strukturieren Konflikte auf unterschiedliche Weise. Sie wirken sich darauf aus, ob Konflikte latent verlaufen oder manifest werden, ob es zu Widerstand kommt oder nicht, und auf welche Konfliktregelungen sich die Akteure verstständigen (können).

Typisch für traditionelle Landverwaltungssysteme ist die Informalität ihrer Institutionen. Regeln und Verfahrensweisen sind nicht verschriftlicht und treten nicht über »offizielle«, staatliche Wege in Kraft. Sie erlangen ihre Geltung durch Autolizenziierung und hängen in ihrem Fortbestand von ihrer faktischen Anerkennung ab (Helmke/Levitsky 2004: 727).

Die Erkenntnisse aus meiner Forschung zeigen, dass ranghohe traditionelle Autoritäten auf unterschiedlichen Ebenen Macht gegenüber den Landnutzer*innen ausgeübt haben, um den Zugang zu Land zu kontrollieren. Als besonders relevant haben sich versteckte und unsichtbare Formen der Macht erwiesen. Diese haben sich in ihrem Zusammenspiel maßgeblich auf den Verlauf von Konflikten um Zugang ausgewirkt. Über ihre Einflussnahme auf institutionelle Verfahrensweisen, deren Neuinterpretation oder die Verfügungsgewalt über Informationen konnten ranghohe traditionelle Autoritäten *de facto* alleinige Kontrolle über den Zugang zu Land erlangen und diese im Rahmen der Landvergabe – entgegen den Interessen der Landnutzer*innen – an die Unternehmen übertragen. Unsichtbare Macht trägt ihrerseits zur Festigung versteckter Macht bei: die Anerkennung traditioneller Autoritäten durch die ihnen untergebenen Mitglieder der Gemeinschaft legitimiert ihr Handeln und verhindert Widerstand. Gegner*innen, auf die traditionelle Autoritäten unsichtbare Macht ausüben (können), stellen das Handeln traditioneller Autoritäten weder offen in Frage, noch fordern sie es heraus oder fechten es an. Für Konflikte bedeutet dies, dass sie eher latent

verlaufen. Dank ihrer unsichtbaren Macht können traditionelle Autoritäten entgegen der Interessen ihrer Gemeinschaft handeln, ohne dass ein manifest Konflikt entsteht. Eine starke Legitimität traditioneller Autoritäten – die unter anderem mit ihrer Anerkennung aufgrund von Abhängigkeitsverhältnissen zusammenhängt – bewirkt wiederum, dass das Handeln traditioneller Autoritäten nicht infrage gestellt wird. Das bedeutet, dass mangelnde unsichtbare Macht offenen Widerstand und damit eine Manifestierung von Konflikten begünstigen kann. In den untersuchten Konflikten übten diejenigen Konfliktakteure offenen Widerstand aus, die ihre Landrechte nicht über traditionelle Autoritäten erlangt hatten, für deren alltägliches Leben die Beziehungen zu traditionellen Autoritäten nicht relevant waren und für die eine Nicht-Einhaltung traditioneller Normen und Regeln keine negativen Auswirkungen hatte. Im Fall von *ScanFarm* waren dies Landnutzer*innen mit formalisierten traditionellen Rechten und solche, die geschlossen als traditionelle Gemeinschaft auftraten und sich gegenseitig stärkten, indem sie sich ihre bestehende Rechte gegenseitig bestätigten. Im Fall von *BioFuel Africa* waren es Landwirt*innen, die nicht in der Gegend lebten, sondern nur Land dort bestellten. Zugang zu diesem Land hatten sie über rangniedere traditionelle Autoritäten erhalten. Einen Anspruch auf Entschädigung hatten sie jedoch nicht als sie den Zugang zu Land aufgrund des Vorhabens von *BioFuel Africa* verloren. Im Gegensatz zu den Bewohner*innen der Dörfer in der Projektgegend, gab es für diese Landwirt*innen daher keine Notwendigkeit die Autorität des *paramount chiefs* anzuerkennen, indem sie seine Entscheidung mittrugen. Darüber hinaus waren sie nicht von einer guten Beziehung zu ihm abhängig, was ihnen die Möglichkeit gab, die Legitimität seines Handelns infrage zu stellen. Diese Landnutzer*innen positionierten sich am deutlichsten gegen die Landvergabe und protestierten gegen den Verlust ihres Zugangs zu Land.

9.3 Reichweite der Hypothesen

Die von mir entwickelten Hypothesen bieten Erklärungsansätze bezüglich des Zusammenhangs zwischen dem Handeln traditioneller Autoritäten und Konflikten um Zugang zu Land, die im Kontext von *land grabbing* auftreten. Die Erkenntnisse aus der kollektiven Fallstudie sind, dass traditionelle Autoritäten über ihr Handeln im Zusammenhang mit *land grabbing* zu einer Zentralisierung von Kontrolle über den Zugang zu Land, einer Reproduktion von

Machtverhältnissen in traditionellen Landverwaltungssystemen, der Schwächung traditioneller Landrechte und der Verstärkung sozialer Ungleichheit beigetragen haben. Des Weiteren konnte ich zeigen, dass sich die Ausübung unterschiedlicher Machtformen maßgeblich auf die Entstehung und den Verlauf von Konflikten auswirkt.

Hinsichtlich der formulierten Hypothesen erhebe ich keinen Anspruch auf Allgemeingültigkeit. Ich argumentiere jedoch, dass die Erkenntnisse aufgrund des Designs meiner Forschung auch über die untersuchten Fälle hinaus relevant sind. Inwiefern sie auch für andere Kontexte plausibel sind und welche Grenzen die Auswahl der Fälle bezüglich der Generalisierbarkeit der Erkenntnisse setzt, diskutiere ich im folgenden Abschnitt.

In meinem vergleichenden Forschungsdesign habe ich eine *diverse-case*-Strategie verfolgt. Diese zeichnet sich dadurch aus, dass sich die Fälle in zentralen Aspekten des theoriegeleiteten Erkenntnisinteresses unterscheiden. Darüber hinaus zeichnen sie sich durch eine gute Vergleichbarkeit der Kontextfaktoren aus (Gerring 2007: 97). Der zentrale Unterschied zwischen den beiden erforschten Fällen bestand in den traditionellen Herrschaftssystemen, da meine Vorannahme war, dass ihre Ausgestaltung das Handeln der Akteure beeinflusst. Die *diverse-case*-Strategie verbessert die Möglichkeit, Erkenntnisse und Schlussfolgerungen auf andere Kontexte übertragen zu können, insofern intervenierende Kontextfaktoren möglichst gleich gehalten werden (Gerring 2007: 97f.). Dementsprechend habe ich darauf geachtet, dass meine Fälle, im Vergleich mit anderen in der Literatur beschriebenen Konflikten, die im Zusammenhang mit *land grabbing* auftreten, typisch sind. Für die Auswahl habe ich folgende Kriterien berücksichtigt: den Zeitpunkt der Landvergabe, das Ausmaß der gepachteten Fläche, die involvierten Akteure, den Zweck der Umnutzung und die vorherige Form der Landnutzung. Der Zeitpunkt beider Landvergaben, in dessen Zusammenhang die von mir untersuchten Konfliktfälle auftraten, lässt sich der gleichen konjunkturellen Phase zuordnen. Diese Phase zeichnet sich durch multiple globale Krisen seit Mitte der 2000er Jahre aus, in dessen Kontext es zu einem weltweiten Anstieg von *land grabbing* kam. Diesem Zeitraum lassen sich meine Fälle zuordnen. Ebenso wie in vielen anderen Kontexten strebten in den von mir ausgewählten Fällen internationale Investoren die Pacht mehrerer Tausend Hektar Land für den Anbau von *flex crops* an, setzten ihre Vorhaben schließlich jedoch auf weitaus kleineren Flächen um (Nolte et al. 2016). Ebenfalls typisch ist ein Wandel von der kleinbäuerlichen, subsistenzorientierten Produktion

hin zur agrarindustriellen, oftmals exportorientierten, Produktion. All diese Kontextfaktoren ermöglichen eine gute Vergleichbarkeit mit anderen Fällen.

Darüber hinaus existieren jedoch weitere intervenierende Faktoren, die sich auf das Handeln traditioneller Autoritäten auswirken und für die Erklärung von Konflikten berücksichtigt werden müssen. Diese setzen der Reichweite der Hypothesen Grenzen. Die Übertragbarkeit meiner Forschungserkenntnisse auf Konflikte um Zugang zu Land, die in anderen Länderkontexten mit traditionellen Landverwaltungssystemen auftreten, hängt, wie ich im Folgenden ausführe, von zwei Faktoren ab: dem Verhältnis von traditioneller und staatlicher Herrschaft sowie dem Verhältnis von traditionellen Autoritäten und den Mitgliedern ihrer Gemeinschaft. Traditionelle Herrschaftssysteme existieren in vielen Ländern Subsahara-Afrikas und sind auf lokaler Ebene von zentraler Bedeutung für das alltägliche Leben. In ihrem Verhältnis zu staatlicher Herrschaft weisen traditionelle Herrschaftssysteme in unterschiedlichen Staaten jedoch deutliche Unterschiede auf, insbesondere hinsichtlich ihres rechtlichen Status, ihrer Rolle in der nationalen Politik, ihrer rechtlichen, administrativen und sozialen Stellung in der Gemeinschaft sowie ihrer Bedeutung in der Landverwaltung (Honig 2017; Logan 2013; Ubink 2008c). Der Einfluss unterschiedlicher Regierungsformen in der Landverwaltung, wirkt sich wiederum auf Konflikte um Land aus (Boone 2013, 2014). In der Analyse von Konflikten um Zugang zu Land muss daher das Verhältnis von traditioneller und staatlicher Herrschaft sowie das Verhältnis von traditionellen Autoritäten und den Mitgliedern ihrer Gemeinschaft je nach nationalem Kontext immer wieder neu analysiert und berücksichtigt werden. Folgende Fragen sind diesbezüglich zentral: Sind traditionelle Autoritäten durch den Staat anerkannt? Erlaubt die rechtliche Grundlage es der Regierung, Einfluss auf die Auswahl traditioneller Autoritäten zu nehmen? Können traditionelle Autoritäten gleichzeitig politische Ämter bekleiden oder Regierungsaufgaben ausführen? Stehen traditionelle Autoritäten auf der Gehaltsliste des Staats? Sind traditionelle Autoritäten in ihrem Handeln unabhängig vom Staat oder werden sie durch ihn überwacht? In welchem Verhältnis stehen traditionelle Autoritäten zu gewählten Regierungsvertreter*innen? Können traditionelle Autoritäten sich aktiv an der Parteipolitik beteiligen? Welche Aufgaben fallen in den Zuständigkeitsbereich traditioneller Autoritäten? Wie üben sie diese aus? Inwiefern bietet das traditionelle Herrschaftssystem funktionierende Kontrollmechanismen, um die Aufgaben und das Handeln traditioneller Autoritäten zu überwachen und zu regulieren? Inwieweit sind traditionelle Strukturen, Normen und Werte gesellschaftlich anerkannt? Wie

beliebt und legitim sind traditionelle Autoritäten in ihrem Zuständigkeitsbereich? Ist traditionelle Herrschaft Gegenstand öffentlicher kritischer Diskussionen? (Ubink 2008c: 18).

In Ghana sind traditionelle Autoritäten rechtlich durch die staatliche Verfassung anerkannt, traditionelle und staatliche Herrschaft sind strikt getrennt, die Bekleidung politischer Ämter durch traditionelle Autoritäten ist nicht gestattet und traditionelle Autoritäten erhalten keinen Lohn durch den Staat. Traditionelle Autoritäten sind somit in ihrem Handeln unabhängig von staatlichen Akteuren und werden nicht durch sie überwacht oder reglementiert. Dies trifft insbesondere auf die Landverwaltung zu. Traditionelle Strukturen, Normen und Werte genießen zudem eine große gesellschaftliche Akzeptanz. Mit Blick auf das Verhältnis von staatlicher und traditioneller Herrschaft sowie von traditionellen Autoritäten und den Mitgliedern ihrer Gemeinschaft machen diese Faktoren Ghana zu einem extremem Fall (*extreme case*) (Seawright/Gerring 2008: 301). Ein solcher zeichnet sich dadurch aus, dass zentrale analytische Dimensionen besonders stark oder schwach ausgeprägt sind. Extreme Fälle eignen sich damit gut, um eine größtmögliche Informationsmenge zu wenig erforschten Phänomenen zu erlangen (Flyvbjerg 2011: 16). Für die Reichweite der Hypothesen bedeutet dies, dass sie sich insbesondere auf Kontexte übertragen lassen, die ähnliche Merkmale wie Ghana aufweisen: ein staatlich anerkanntes traditionelles Herrschaftssystem, in dem staatliche Akteure traditionelle Autoritäten nicht in ihrem Handeln überwachen oder reglementieren, sondern ihnen – insbesondere auch in der Landverwaltung – freie Hand lassen, und in dem traditionelle Autoritäten eine große gesellschaftliche Akzeptanz genießen. Darüber hinaus bieten die Erkenntnisse Anknüpfungspunkte für weitere Forschung zu Konflikten um Zugang zu Land in Kontexten, in denen traditionelle Landverwaltungssysteme existieren, die sich jedoch bezüglich zentraler analytischer Dimensionen von meinen Fällen unterscheiden. Interessant könnten Länderkontakte sein, in denen traditionelle Autoritäten Ämter in der nationalen Politik bekleiden oder in denen staatliches Recht traditionelle Herrschaftssysteme nicht anerkennt. Der Vergleich mit solchen Fällen bietet die Möglichkeit, die Erkenntnisse zu überprüfen, zu ergänzen und auszudifferenzieren.

9.4 Beitrag zur gegenwärtigen Forschung

Mit diesem Buch leiste ich insbesondere zu drei Forschungsfeldern einen Beitrag. Erstens ergänze ich die Forschung zu *land grabbing* und Konflikten in traditionellen Landverwaltungssystemen um den Fokus auf das Handeln traditioneller Autoritäten und dessen Implikationen für die Entstehung und den Verlauf von Konflikten. Zweitens liefert meine Forschung Erkenntnisse, die für die Auseinandersetzung um die Zukunft der rechtlichen Ausgestaltung kommunaler, indigener und (neo-)traditioneller Landverwaltungssysteme relevant sind. Drittens trage ich zu einer kritischen Diskussion über traditionelle Konfliktbearbeitung bei.

Land grabbing, Konflikte und das Handeln traditioneller Autoritäten

Die wissenschaftliche Literatur zu *land grabbing* und Konflikten, die damit einhergehen, ist in den letzten Jahren angewachsen. Frühe Arbeiten argumentierten in ihrer Erklärung, wie und warum Konflikte im Zusammenhang mit *land grabbing* auftreten, meist linear. Sie stellten einen Kausalzusammenhang zwischen globalen Krisenphänomenen, ihren vermeintlichen Auswirkungen wie großflächigem Landnutzungswandel oder der Verknappung von Land und lokalen Konflikten her (Dietz/Engels 2020). Konflikte fassten sie als logische Konsequenz des Verlusts der Lebensgrundlagen lokaler Landnutzer*innen. Diese, in der Regel als homogene marginalisierte Gruppe konzipierten Akteure, leisteten demnach aufgrund von Vertreibung, Umweltverschmutzung oder der Zerstörung von Ökosystemen Widerstand, durch den Konflikte zum Ausdruck kamen (Le Billon 2015; Martinez-Alier 2002; Martinez-Alier et al. 2016). Jüngere Arbeiten zeichnen ein differenzierteres Bild von Konflikten im Kontext von *land grabbing*. In Hinblick auf den Zusammenhang zwischen globalem Wandel und lokalen Konflikten um Land berücksichtigen sie in ihrer Analyse eine Vielzahl an Einflussfaktoren, die auf das Handeln von Konfliktakteuren wirken. Zu diesen zählen die Macht-position der Akteure, ihre Differenzierung entlang sozialer Kategorien wie Klasse, Geschlecht, Alter oder Herkunft, politisch-institutionelle Kontextbedingungen, das Handeln staatlicher Akteure und dominante Erzählungen, wie Entwicklungsdiskurse, die *land grabbing* legitimieren (Borras/Franco 2013; Dietz/Engels 2018; Engels 2021b; Hall et al. 2015). An diese Beiträge knüpfe ich an. Anders als zu Beginn meiner Forschung widmen sich mittlerweile Wissenschaftler*innen dem Thema *land grabbing* und Konflikte auch ver-

mehrt mit Blick auf traditionelle Landrechtssysteme (Dell'Angelo et al. 2017), und einige Beiträge befassen sich mit der Rolle traditioneller Autoritäten im Kontext von *land grabbing*, jedoch ohne auf Konflikte einzugehen (Ahmed et al. 2018; Capps 2018; Honig 2017; Lanz et al. 2018; Yaro 2013). Meine Forschung leistet mit ihrem Fokus auf das Handeln traditioneller Autoritäten und dessen Bedeutung für die Entstehung und den Verlauf von Konflikten einen innovativen Beitrag zur bestehenden Literatur und ergänzt sie um umfassendes empirisches Fallwissen. Meine Forschungserkenntnisse tragen insbesondere zur Auseinandersetzung um die Kontingenz von Konflikten bei (Dietz/Engels 2020). In dieser geht es darum, dass unter ähnlichen Gegebenheiten Konflikte entstehen können oder nicht, weshalb immer wieder erneut ergründet werden muss, warum sie entstehen und wie sie auf soziale Strukturen zurückwirken (ebd.). Über die Analyse des Handels traditioneller Autoritäten konnte ich diesbezüglich zeigen, dass und warum Konflikte auch bestehen (können), ohne notwendigerweise in Handeln zu resultieren. Insbesondere die Berücksichtigung der unterschiedlichen Machtformen in der Analyse des Handelns war für die Entwicklung von Erklärungsansätzen aufschlussreich. Darüber hinaus zeigen meine Erkenntnisse, wie sich unterschiedliche Formen von Macht beeinflussen können, ob sich Konflikte verschärfen, manifestieren, in Widerstand resultieren oder welche Themen ins Zentrum der Konflikte rücken.

Traditionelle Landverwaltungssysteme und ihre rechtliche Ausgestaltung

Mit den Erkenntnissen aus meiner Forschung leiste ich des Weiteren einen Beitrag zur Auseinandersetzung um die Zukunft der rechtlichen Ausgestaltung kommunaler, indigener und (neo-)traditioneller Landverwaltungssysteme. Ein zentraler Diskussionspunkt in dieser Auseinandersetzung ist die Formalisierung von Landrechten durch Titulierungsprogramme sowie durch die individuelle oder kollektive Registrierung von Farm- und Weideland (Sjaastad/Cousins 2009). Die Ziele, die über die Formalisierung von Landrechten verfolgt werden, unterscheiden sich ebenso sehr, wie die unterschiedlichen Befürworter*innen dieser Strategie. Globale Finanz-, Wirtschafts- und Entwicklungsbeteiligte sehen in der Formalisierung von Landrechten den Vorteil, auf diese Weise individualisierte Wirtschaftsgüter zu schaffen, die auf dem globalen Markt gehandelt werden können. Als solche trügen sie zu wirtschaftlichem Wachstum und Entwicklung bei, indem sie denjenigen zugänglich ge-

macht würden, die sie vermeintlich am produktivsten nutzen könnten. Den ursprünglichen Inhaber*innen der formalisierten Rechte ermögliche der Verkauf von Land einen finanziellen Gewinn. Für Verfechter*innen traditioneller Landrechte wie nationalen und internationalen zivilgesellschaftlichen Organisationen, Netzwerken und Agrarbewegungen stellt die Formalisierung von Landrechten einen Mechanismus dar, der Landnutzer*innen vor dem Verlust des Lands an den Staat oder (globalen) Markt schütze. Das rechtliche *empowerment*, das Landnutzer*innen durch die Formalisierung von Landrechten erführen, gebe ihnen die Möglichkeit, ihre Landrechte selbstbestimmt zu verteidigen. Menschenrechtsverteidiger*innen setzen sich schließlich für die Formalisierung von Landrechten ein, um indigenen, in der Regel marginalisierten Gruppen, die mit Enteignung und Vertreibung konfrontiert sind, Handlungsfähigkeit zu verleihen (Boone 2019). Die drei Positionen zeigen, dass mit der gleichen Strategie unterschiedliche und teilweise widersprüchliche Ziele verfolgt werden. In die Politikberatung fließen alle drei Positionen ein, jedoch mit fehlender Trennschärfe, so dass die Formalisierung von Landrechten als Patentlösung für die unterschiedlichen Herausforderungen gesehen wird. Ein Beispiel für die Vermischung der drei Positionen ist die Arbeit von Hernando de Soto (2000), die insbesondere von internationalen Geberorganisationen wie der Weltbank großen Zuspruch erhalten hat und maßgeblichen Einfluss auf die internationale Entwicklungspolitik hatte. De Soto argumentierte, die Formalisierung von Landrechten stärke insbesondere arme Landnutzer*innen, indem sie ihnen Zugang zum Markt ermögliche, woraus sich ein wirtschaftlicher Nutzen für sie ergebe. Ein grundlegendes Problem von Formalisierungsbestrebungen, das auch Boone (2019: 384) beschreibt, ist jedoch, dass zunächst bestehende Rechte erfasst werden müssen, um im Folgenden gefestigt und abgesichert zu werden können. In traditionellen Landverwaltungssystemen, in denen unterschiedliche Landnutzer*innen parallel oder zu unterschiedlichen Zeiten Anspruch auf die Nutzung des gleichen Stück Lands haben (können), geht damit eine Umverteilung und Festschreibung von Rechten einher, die es zuvor nicht gab. Aufgrund sozialer Ungleichheitsverhältnisse bringt diese Umverteilung und Festbeschreibung notwendigerweise Gewinner*innen und Verlierer*innen hervor (Peters 2004).

Über meine Forschung konnte ich zeigen, dass sich im Kontext der Landvergabe an *ScanFarm* und *BioFuel Africa* formalisierte sowie nicht-formalisierte traditionelle Rechte als hinfällig erwiesen. Diese Entwicklung fand statt, obwohl Ghana zu den Ländern zählt, in denen traditionelle Landrechte besonders umfassend durch staatliches Recht gesichert sind (Alden Wily

2017: 13). Der vermeintliche Schutz traditioneller Landrechte in Ghana beschränkt sich im Wesentlichen auf die staatliche Anerkennung traditioneller Herrschaft und ihrer Zuständigkeit in der Landverwaltung. Traditionelle Landrechte sind als Gemeinschaftsrechte gesichert. Institutionalisierter Schutz für die Landrechte der einzelnen Landnutzer*innen besteht nicht und auch Sanktionsmöglichkeiten für die unrechtmäßige Vergabe von Land durch traditionelle Autoritäten fehlen. Im Kontext von *land grabbing* hat die starke traditionelle Herrschaft somit nicht zum Schutz von Rechten beigetragen, sondern das Gegenteil bewirkt, da traditionelle Autoritäten ihrer Gemeinschaft gegenüber nicht zu Rechenschaft verpflichtet sind. Die staatliche Anerkennung gemeinschaftlicher Rechte an Land war nicht von gemeinschaftlichem Nutzen, da aufgrund von Ungleichheitsverhältnissen nicht alle Landnutzer*innen gleichermaßen die Möglichkeit hatten, ihre Rechte einzufordern oder zu verteidigen. Diese Erkenntnis ist auch mit Blick auf Bestrebungen der Formalisierung von Zugang zu Land relevant. Sie verdeutlicht die Problematik der Verschärfung sozialer Ungleichheitsverhältnisse durch die Festschreibung individueller Rechte, die in rechtspluralistischen Landverwaltungssystemen in der Regel Gewinner*innen und Verlierer*innen hervorbringt.

Traditionelle Konfliktbearbeitung aus kritischer Perspektive

Schließlich erweitere ich mit diesem Buch die Forschung zu traditioneller Konfliktbearbeitung um eine kritische Perspektive. Im Kontext zunehmender innerstaatlicher Konflikte in den 1990er Jahren und einem damit einhergehenden erhöhten Bedarf an neuen Konfliktlösungsansätzen stieg das Interesse an traditionellen Autoritäten als Mediator*innen oder Schlichter*innen in Konflikten. Seit Beginn der 2000er Jahre widmen sich zahlreiche Autor*innen den Möglichkeiten, Herausforderungen und Grenzen traditioneller Konfliktbearbeitung und auch der Rolle, die traditionelle Autoritäten auf diesem Feld spielen. Als Vorteile traditioneller Konfliktbearbeitung gelten insbesondere die einfache Zugänglichkeit traditioneller Institutionen und die geringen Kosten im Vergleich zu staatlicher Konfliktlösung (Mutisi/Sansculotte-Greenidge 2012). Einige Autor*innen argumentieren, traditionelle Autoritäten, welche die Kolonialzeit überdauert hätten, verfügten über eine besondere Legitimität innerhalb ihrer Gemeinschaft, da sie während der Kolonialzeit zentrale Figuren im anti-kolonialen Widerstand gewesen seien, als Sinnbilder der kultureller Identität gesehen würden oder ihre gesellschaftliche Anerken-

nung tief in der jeweiligen Kultur verankert sei. Ihre gegenwärtige soziale und politische Legitimität leite sich auch heute noch aus prä-kolonialer Zeit ab (De Juan 2017; Ray/Reddy 2003). Dieses Argument geht von dem Bestehen einer kohärenten Gemeinschaft aus, in der traditionelle Autoritäten für sozialen Zusammenhalt, Frieden und Stabilität stehen. Macht- und Ungleichheitsverhältnissen sowie deren Implikationen für die Konfliktbearbeitung bleiben hierbei unberücksichtigt.

Einige Autor*innen aus der friedenspolitischen Praxis und Forschung integrieren in ihren Beiträgen eine stärker kritische Perspektive. Hinsichtlich der Nachteile traditioneller Konfliktbearbeitung verweist Volker Boege (2006: 17) darauf, dass traditionelle Herrschaftssysteme eine Tendenz zur Aufrechterhaltung des Status quo hätten. In der traditionellen Konfliktbearbeitung bestehe daher die Gefahr der Reproduktion der »guten alten Ordnung«, was sich als nachteilig für die schwächeren Mitglieder der Gemeinschaft erweisen könne. Auf die zentrale Bedeutung von Machtungleichheitsverhältnissen in der traditionellen Konfliktbearbeitung verweist auch Susanne Buckley-Zistel (2005) in ihrer Studie zu *gacaca*-Gerichten in Ruanda. An diese Erkenntnisse schließe ich mit meiner Forschung an. Rukuni et al. (2015) sind in ihrer Studie zu traditioneller Konfliktbearbeitung in Simbabwe darüber hinaus zu dem Schluss gekommen, dass traditionellen Autoritäten in der Konfliktbearbeitung oftmals die Unparteilichkeit fehle, insbesondere wenn es sich um Fälle handelt, die ihre eigenen Interessen berühren. Sie stellen zudem fest, dass es traditionellen Autoritäten in der Konfliktbearbeitung oftmals an partizipatorischen Fähigkeiten, wie sie die Mediation voraussetzt, fehlt. Diesbezüglich hinterfragen sie kritisch, inwiefern die auf Erbschaft beruhende Position traditioneller Autoritäten sie für die Konfliktbearbeitung qualifizieren könne. Als problematisch sehen sie zudem fehlendes Vertrauen der Gemeinschaft, in Fällen, in denen traditionelle Autoritäten als offensichtlich korrupt oder parteiisch auftreten.

In der bestehenden Forschung zu diesem Themenfeld fehlt bisher die Erforschung traditioneller Konfliktlösung in Konflikten, in denen traditionelle Autoritäten selbst involviert sind. Meine Forschungserkenntnisse tragen zur Schließung dieser Lücke bei und ergänzen die gegenwärtigen Beiträge zudem um eine handlungszentrierte, machtkritische Analyse der Rolle traditioneller Autoritäten in der Konfliktlösung. Für die Forschung zu traditioneller Konfliktbearbeitung leitet sich aus meiner Studie eine Relevanz ab, den Konfliktlösungsprozess genauer in den Blick zu nehmen und zu erforschen, inwiefern Entscheidungen partizipatorisch getroffen werden, welche Lösungsan-

sätze überhaupt zu Diskussion gestellt werden, welche von vornherein ausgeschlossen werden und inwiefern Konflikte dadurch tatsächlich oder nur vermeintlich gelöst sind.